

Arbeiter-Zeitung

Das Abonnement
Der täglich einmal mit Ausnahme der Sonn- und Festtage erscheinende „Arbeiter-Zeitung“, mit den drei Beilagen: „Nach der Arbeit“, „Unterhaltungs-Beilage“, wöchentlich zweimal, „Die Genossin“ und „Der junge Kamerad“ (alle 14 Tage) kostet monatlich 70 Pf. frei Haus.
Durch die Post bezogen: vierteljährlich Mk. 2.25

Sozialdemokratisches Organ
für das Rheinisch-Westfälische Industrie-Gebiet

Publikations-Organ der freien Gewerkschaften

Inserate
Kosten die 6 gesp. Zeilen oder deren Raum 20 Pf., bei dreimaliger Wiederholung Rabatt. Inserate müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.
Kleine Anzeigen nur bei Vorausbezahlung.
Redaktion u. Expedition: Dortmund, Kleiher 5 Fernspr. 913
Geschäftstelt: von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr
Filiale in Ramm: 4 bis 7 Uhr nachm. Sonntag 11 bis 1 Uhr

Nr. 37.

Dortmund, Montag, den 14. Februar 1910.

19. Jahrg.

Dortmund demonstriert!

Wir haben lang genug geharrt,
Ihr habt uns lang genug genarrt.
Jetzt greifen wir zu unserm Recht!
Jetzt stellen wir uns zum Gefecht!

Die Lammesgeduld der Massen ist erschöpft! Hunderte, — was sagen wir? — Tausende und Abertausende von Versammlungen haben seit Jahren stattgefunden, in denen das Volk in feierlicher Weise zusammenkam, um seine Forderung nach dem gleichen Wahlrecht zu vertreten. Die Zahl der Resolutionen und Petitionen, die gefaßt worden und der Regierung und dem Reichstag eingereicht wurden, ist Legion. Nur freches Hohn und grinsender Spott hat die Spitze der Herrschenden für das Volk ruhig, allzu ruhiges Begehren gehabt. Die Hunde sind wir behandelt worden all die Jahre hindurch — stumm haben wir es ertragen. Aber für jeden Bogen kommt einmal der Moment, wo er — allzu straff gespannt — zerreißt! Ein Tropfen nur bedurfte es, um das Maß der Volksgebuld zum Ueberlaufen zu bringen, eines Windhauchs nur, um all die aufgespeicherte Wut, Empörung, all den Haß und Groll der immer wieder mißhandelten Massen zu heller Flamme emporzubersten zu lassen.

Und dieser letzte Tropfen, dieser Windhauch war die Schandvorlage der preussischen Regierung! Diese ungeheuerliche Provokation des gesamten arbeitenden Volkes, diese freche Verhöhnung aller Entertenten mußte selbst den Friedlichsten zu stürmischer Gegenwehr aufsteifen. Eine Verbefferung des bestehenden Schandwahlrechts war — wenn Worte noch einen Sinn haben — feierlich verheißen worden: eine niederrückliche Verschlechterung wurde dem Volke geboten! Diese

„Schandvorlage“, wie sie unser Genosse Ströbel von der Parlamentstribüne herab mit vollem Recht genannt hat — sie war ein

„Schandvorlage“
wie sie unser Genosse Ströbel von der Parlamentstribüne herab mit vollem Recht genannt hat — sie war ein
„Schandvorlage“
wie sie unser Genosse Ströbel von der Parlamentstribüne herab mit vollem Recht genannt hat — sie war ein
Brennend, flammend fuhr dieser Faustschlag einer vor Uebermut toll gewordenen Herrscherklasse ins Antlitz! So also hat Herr Bethmann Wilhelms II. Wort eingelöst! Soweit wagte man es zu treiben! Das wagte man uns zu bieten! Und wir wären wir, erbärmliche, feige Hunde wären wir, ließen wir uns das stillschweigend gefallen! Wir wären es wert, mit Skorpionen gepöbelt zu werden, bielten wir unsere Wange diesem frechen Peitschenhieb ruhig hin! Das war die Empfindung, die in Süd und Nord, in Ost und West alle Proletarierherzen bewegte, seit Herr von Bethmann den Arbeitern seine freche Kriegserklärung ins Gesicht geschleudert hatte! Ihr wollt den Krieg haben, ihr Herren — wohlan — so sollt ihr ihn denn haben! Alles, was an uns lag, die Entwicklung der Dinge in ruhigen, friedlichen Bahnen zu halten, haben wir getan! Wir werden auch fernerhin tun, was nur in unserer Macht steht, um Blutvergießen zu verhindern, aber

auf die Straße
gehen jetzt die Massen — daran wird sie kein Gott und kein Teufel mehr hindern! Und Schuchmanns Drohung erst recht nicht! Genau, wie in England und Frankreich, in Desterreich und allen anderen Kulturländern werden auch in Deutschland, werden besonders auch in Preußen von jetzt an die Arbeiter

das Recht auf die Straße
für sich in Anspruch nehmen und werden es sich nötigenfalls zu erzwingen wissen! Was wir in den Versammlungssälen reden und beschließen, hat man nicht gehört, nicht hören wollen: nun wohl, wenn wir auf der Straße sind, muß man uns hören, muß man uns sehen — mag man wollen oder nicht! So gut die Sippchaft der Kurapatrioten ihre — sogar nächtlichen — Straßenkundgebungen veranstaltet, werden auch wir jetzt

auf der Straße demonstrieren
so oft und in welcher Weise es uns paßt! Die Rechte, die man uns nicht freiwillig gibt, nehmen wir uns! Und der Arbeiter, der am Hofhofen und in der Grube tagtäglich im Dienste des Ausbeutertums sein Leben aufs Spiel setzt, wird nicht zurückweichen, wenn der Schuchmanns-läbel ihm sein Recht strittig machen will. Nicht Arbeiterblut für das Kapital, so kann es auch fließen im Kampfe um das Recht! Und so haben an diesem Sonntag in ganz Preußen die Arbeiter sich ihr

Recht auf die Straße erobert
und nie wieder werden sie sich dies Recht nehmen lassen! Die Straßen aller preussischen Städte hallten gestern wider von den alten revolutionären Kampfesliedern des Proletariats, von dem stürmischen Wahlrechtschrei der Massen, und so oft noch werden sie von diesem Schrei, diesem immer gewaltiger anschwellenden, immer grollender, immer drohender sich fortplanzenden Schrei widerhallen, bis das Ziel erreicht, bis errungen ist das

allgemeine, gleiche, geheime und direkte Preußenwahlrecht für Männer und Frauen!

Mit diesem Sonntag ist der Wahlrechtskampf in Preußen in ein neues Stadium getreten! Ausschließlich von den Herr-

schenden wird es abhängen, ob die Arbeiterchaft gezwungen sein wird, noch schärfere Saiten aufzuziehen! Unser Waffenarsenal ist noch lange nicht erschöpft und die Diskussionen, die seit einigen Tagen in fast allen Parteiblättern ganz spontan über den politischen Wahlrechtsstreit eingelegt haben, mögen den Herrschenden zeigen, daß die Arbeiterchaft diesmal entschlossen ist, wenn es sein muß, alles daran zu setzen, daß sie diesmal nicht, wie leider nur zu oft schon, Schindluder mit sich spielen lassen wird! Noch ist der Demonstreationsstreik nicht beschlossen und unsinnige Torheit wäre es, ihn wild, ohne Plan und Parole, bald hier, bald dort zu inszenieren! Noch hoffen wir, daß die Herrschenden es nicht zum Äußersten treiben werden! Aber die Entschlossenheit, mit der an diesem Sonntag das preussische Volk überall auf die Straße stieg, mag den Herrschenden beweisen, daß auch der Arroganz unserer Geduld nur so lange zu Wasser geht, bis er bricht, und daß im Notfall die Arbeiterchaft auch nicht davor zurückschrecken wird, ihre wirtschaftliche Macht in die Waagschale des Wahlrechtskampfes zu werfen!

Vernet, ihr Herren — gewarnt seid ihr jetzt!

In Dortmund

knüpfte die Straßendemonstration der Massen nicht an Versammlungen, sondern entwickelte sich ganz spontan — für das Ausbeutertum und die Polizei völlig unerwartet! Nur unter den Arbeitermassen war es bekannt geworden, daß sich Deputationen von Vertrauensmännern des Proletariats vermittags 12 Uhr zu den in Dortmund wohnenden bürgerlichen Dreiklassenabgeordneten begeben würden, um ihnen die Forderungen der Massen vorzutragen. Von Herrn Gronowski, dem Zentrumsmann, haben wir die Zusage, daß er für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintreten wird, seit fast zwei Jahren beständig schwarz auf weiß, und da wir natürlich nicht annehmen dürfen, daß der Mann zum vorübergehenden Schurken werden wird, so erübrigte es sich, ihn diesmal zu besuchen. Daegen hatten wir das dringende Bedürfnis, uns mit dem Abgeordneten Schmieding einmal Auge in Auge über die Wahlrechtsfrage auszusprechen. Ihn aufzusuchen, waren die Genossen Medakteur Konrad Haenisch, Knappschalksteher Nobis und Maurer Jakob Ritter bestimmt. Die Unterhaltung mit diesem Bruder des Dortmunder Überbürgermeisters war umso dringlicher, als Herr Schmieding kürzlich in national-liberalen Blättern geradezu tolle Wahlrechtsartikel veröffentlicht hat, deren Inhalt merkwürdigerweise mit dem der kurz darauf publizierten Schandvorlage der Regierung eine höchst auffallende Ähnlichkeit hatte. — Außerdem wohnt in Dortmund noch, und zwar in derselben Elisabethstraße, in der sich auch die Schmieding'sche Villa befindet, Herr Geheimrat Haarmann, der Dreiklassenabgeordnete für Jberlohn. Die Aufgabe, ihn aufzusuchen, war den Genossen Stadtratsmitglied Max König, Medakteur Georg Beyer und Bergmann Klein zugefallen. Erst am Samstag war unter den Massen bekannt geworden, daß diese Besuche stattfinden werden, aber mit Bliesgeschwindigkeit war der Entschluß gereift, die genannten Vertrauensmänner auf ihrem Wege zu begleiten, ihren Forderungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen und die Antwort der Abgeordneten aus erster Quelle zu erfahren. Die Schriftstücke, die den Herren unterbreitet werden sollten, hatten folgenden Wortlaut:

I.
Dortmund, den 13. Februar 1910.
Herrn Landgerichtsrat a. D. Th. Schmieding,
Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Dortmund.
Die heute bei Ihnen vorsprechende Deputation, entandt von den 10000 Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörbe und den 40000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften, ersucht Sie, Herr Landtagsabgeordneter, in der Frage der Wahlrechtsreform für Preußen für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen einzutreten.

Sollten Sie einen ablehnenden Standpunkt einnehmen, so ersuchen wir Sie, uns über folgende Punkte Ihre Anschauungen zu präzisieren:

1. Wie gebeten Sie sich gegenüber der neuen Bethmann-Hollweg'schen Wahlrechtsvorlage zu verhalten?
2. Sehen Sie in ihr die in der Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtages im Jahre 1908 versprochene „organische Fortentwicklung“ des bestehenden Wahlrechts für Preußen?
3. Werden Sie sich bei den jetzigen Beratungen über die Bethmann-Hollweg'sche Wahlrechtsvorlage für die Einführung des geheimen Wahlrechts erklären?
4. Sind Sie gewillt, sich für das von der Regierung vorgeschlagene Privilegien-Wahlrecht unter Beibehaltung des Dreiklassenwahlprinzips auszusprechen?

Hochachtung
Die Deputation.
J. A.:
Haenisch, Nobis, Ritter.

II.
Dortmund, den 13. Februar 1910.
Herrn Geh. Justizrat Wilhelm Haarmann,
Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Dortmund.
Die heute bei Ihnen vorsprechende Deputation, entandt von den 10000 Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörbe und den 40000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften, und 5000 organi-

sierten Arbeitern des Wahlkreises Altena-Lüdenscheid-Hörlohn, ersucht Sie, Herr Landtagsabgeordneter, in der Frage der Wahlrechtsreform für Preußen für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen einzutreten.

Sollten Sie einen ablehnenden Standpunkt einnehmen, so ersuchen wir Sie, uns über folgende Punkte Ihre Anschauungen zu präzisieren:

1. Wie gebeten Sie sich gegenüber der neuen Bethmann-Hollweg'schen Wahlrechtsvorlage zu verhalten?
2. Sehen Sie in ihr die in der Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtages im Jahre 1908 versprochene „organische Fortentwicklung“ des bestehenden Wahlrechts für Preußen?
3. Werden Sie sich bei den jetzigen Beratungen über die Bethmann-Hollweg'sche Wahlrechtsvorlage für die Einführung des geheimen Wahlrechts erklären?
4. Sind Sie gewillt, sich für das von der Regierung vorgeschlagene Privilegien-Wahlrecht unter Beibehaltung des Dreiklassenwahlprinzips auszusprechen?

Hochachtung
Die Deputation.
J. A.:
Beyer, Klein, König.

Im Zentrum.

Um 11 Uhr allmählich durchbricht die Sonne die Nebel. In den Straßen das übliche Sonntagspublikum in Arierogstellung. Noch weiß niemand, daß es in den Arbeitervierteln sich rührt, daß bald der Massentritt der Arbeiterbataillone droht, die Straßen widerhallen werden von den Klängen der Arbeitermarzelliste.

Doch eines fällt dem aufmerksamen Beobachter auf, eine gewisse Erregung der Polizei. Beamte eilen hin und her, sie ahnen wohl die kommenden Dinge, doch sind sie völlig im Ungewissen. Die geheimnisvolle Ruhe in den Straßen wird den Herren beinahe unheimlich. Durch die Brückstraße eilt der politische Kommissar Glöckh mit einigen anderen Beamten in Zivil. Alle Passanten werden scharf gemustert, nichts Verdächtigtes macht sich bemerkbar. Dann wieder stößt mit steifen Beinen der überernpöte Kommissar Schranz durch die Brückstraße: statt der üblichen Miene trägt er den Helm. Schräg gegenüber dem „Römischen Kaiser“ haben 5 bis 6 Geheime Posto gefaßt. Alles geht seinen gewohnten Gang, doch wird der Verkehr von Minute zu Minute lebhafter. Aber nirgends eine Ansammlung, nirgends eine Störung, und darum merkt die Polizei auch noch immer nichts.

Vom Turme der Reinoldikirche schlägt 11 1/2 Uhr. Da auf einmal, wie mit einem Schläge sind die Massen da. Tausende und Abertausende, wie aus dem Boden gestampft. Der ganze Westenhellweg ist erfüllt von der demonstrierenden Arbeiterchaft. Mächtig erbraust die Marzelliste. Da erst wird die Polizei aufmerksam, im Laufschrift eilt ein Reamter hierhin, der andere dahin. Keine Helmspitze läßt sich mehr blicken und ungehindert strebt das Volk dem Körnerplatz und dem Wall zu. Dort ertönen die Kampfeslieder des Proletariats, die abwechselnd mit Hochrufen auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Erstaut eilen die Bourgeois an die Fenster, es gab Leute, die glaubten, die Revolution sei schon ausgebrochen, sie verurteilten schleunigst Fenster und Türen. Sie haben keine Ahnung vom Wollen und Streben der Arbeiterchaft, keine Ahnung davon, daß das Volk um seine höchsten Güter zu kämpfen bereit ist.

Auf dem Wall.

Zahlreiche Trupps von Arbeitern strömten noch von der Rheinischenstraße her über den Körnerplatz, als plötzlich über den Westenhellweg die Arbeitermarzelliste aus tausenden und abertausenden von Kehlen ertönte und sich mit dem dumpfen Trill heranrückender Arbeiterscharen vermischte. Verwundert blieb das bürgerliche Straßenpublikum stehen und schaut sich gegenständig an: Was ist denn das? Aus einem Laden, der eben geöffnet wurde, stiegen neugierige Gesichter. Erstreckt zichen sie sich zurück, als sie die heranrückenden Scharen bemerken, und raschend fallen in der nächsten Sekunde die Schaufensterjalousien herab. Man glaubte auch hier, daß die Revolution im beginne. Aus den Restaurants eilen die Speisegäste von ihren Stammtischen auf die Straße — der Frühstücken wurde jäh unterbrochen; fromme Kirchgänger, die mit dem Gebetbuch in der Hand über die Straße wanderten, blieben besonders verduzt stehen.

Unter dem begeisterten Gesänge des Sozialistenwortschats kam der imponente Zug, der fortwährend Zuhrom ertieit, in den Körnerplatz. Stürmische Hochrufe auf das freie Wahlrecht, unterbrochen von Zeit zu Zeit die Kampfeslänge und lenkten die Aufmerksamkeit der Bourgeoisie auf die Demonstranten. Schon war der Anfang des Zuges am Stadtheater, als — kaum übersehbar — immer noch neue Massen aus dem Westenhellweg strömten und die Wälle nicht füllten. Kein Polizist weit und breit zu sehen. Geradezu musterhaft war das Verhalten der gewaltigen Massen, jedoch nicht die geringste Verlehrsstörung eintrat. Besonders große Mengen neugieriger und aufgeschreckter Bourgeois standen am Hauptpostgebäude und am „Grafenhof“.

Als die Menge in die Elisabethstraße — wo die beiden Abgeordneten Haarmann und Schmieding wohnen — einbiegen will, erscheint ein Polizist, eine Mappe unterm Arm, und sieht verduzt auf die anziehenden Scharen, deren Kampfeslänge gerade hier außerordentlich mächtig klingt. Nach kurzem Besinnen springt der Beamte in den Zug: Gehen Sie fort! Gehen Sie fort! Aber was ist Einer unter so Vielen? Sonst wird er beiseite geschoben, worauf er sich schleunigst einem größeren Trupp seiner Kollegen zuwendet, die jochen in der Nähe des Bismarckdenkmals aufstehen. Ungehindert zieht nun die faum übersehbare Schar der Demonstranten in die Elisabethstraße ein, und durch die stille Straße, in der reiche Bourgeois ihre

luxuriösen Schmuckstücken aufgeschlagen, bröckeln die Kampfgefechte des Proletariats und die bunte Schärpe der um ein freies Wahlrecht kämpfenden Arbeiterbataillone. . . .

In der Elisabethstraße.

Schon bevor die Spitze des Zuges die Elisabethstraße erreicht hatte, waren

die beiden Deputationen dort angelangt. Aber die Herren Abgeordneten waren — nicht zu Hause! Während jedoch die Haarmann-Deputation das oben mitgeteilte Schriftstück wenigstens abgeben konnte, zeigte sich die Villa Schmieding völlig verbarrikadiert. In sämtlichen Stockwerken waren alle Holzläden vor den Fenstern herabgelassen, auch auf wiederholtes Klingeln der Deputation öffnete niemand!

Als der Zug vor dem Hause Haarmanns angelangt war, brachte dort Genosse König ein von den Massen brausend aufgenommenes Hoch auf das Wahlrecht aus. Und sobald vor Schmiedings Villa Genosse Haenisch bekannt gegeben hatte, daß auch dieser Herr für die Forderungen des Volkes nicht zu sprechen sei, und sobald auch hier das Wahlrechtshoch verklungen war, das von unsern Genossen im Anschluß an diese (mit vielstimmigen Psalmen ausgenommen) Mitteilung ausgebracht worden war, erhob sich dumpfdröhnend wieder der Massen-gefang:

„Das freie Wahlrecht ist das Zeichen“ —

ein Gefang, dem dann, von Tausenden gesungen, wieder das alte Proletariatslied folgte: „Wer schafft das Gold zu Tage!“ Ein Ständchen, eine Ovation, wie sie dem ehlen Paar Schmieding-Haarmann wohl noch niemals dargebracht worden sind!

In der Gutenbergstraße.

Hatte die Polizei rat- und tatlos bisher von jeglichen Maßnahmen Abstand genommen, so änderte sich das Bild, als die Demonstranten in die Gutenbergstraße einbogen. Von der Elisabethstraße her hatten sich inzwischen vier Reittiere den Weg durch die Menge gebahnt, welche die Demonstranten auseinander zu treiben versuchten. Sie ritten rechts und links in die Massen hinein, wofür sie ein vielstimmiges „Psui!“ nach dem anderen ertönen. Hier konnte man auch wieder die alte Erfahrung machen, daß es zu Aufläufen und Unruhen erst dann kommt, wenn die Polizei angelockt „Ruhe“ stiften will. Durch ein in der Nähe der Eisenbahnbrücke aufgestelltes Polizeikommando wurden die Demonstranten zum Einbiegen in die Gutenbergstraße abgelenkt. Doch konnte die Polizei nicht allzuviel ausrichten, da der Zug sich nach der anderen Seite bewegte.

Hier brohte die Situation kritisch zu werden, denn man glaubte, daß die Reittiere, die ihre Plempe gezogen hatten, auf die wehrlose Menge einschlugen. . . . Das war indes nicht der Fall. Und so lachten die teilweise zerstreuten Demonstranten bald wieder Anschlag an den Hauptzug, der inzwischen auf der Hofstraße angelangt war.

Vorher und auch dort wieder konnte man deutlich beobachten, wie auf die Ueberrumpelung der Polizei gelungen war; die allgemeine Ratlosigkeit bewies es.

Weiteres von der Polizei.

Völlig ratlos und verwirrt zeigte sich die Polizei von Anfang bis zu Ende. Wurden doch sogar Trupps zum — Hofen kommandiert, vermutlich, um abzuwarten, ob einige Schiffe mit Demonstranten ankommen würden.

In der Ballenstraße konzentrierten vier Beamten, und das Resultat ihrer Beratung war: „Wir (die Polizei) sind völlig falsch informiert gewesen.“

An einer anderen Straße sah man, wie Spindel in Arbeiterkleidung sich der Polizei zur Verfügung stellten. Ueber das Treiben dieser Wachpostenungen empörten sich sogar Bürger, die meinten, die Spindel wollten sich noch ihr Mittagessen verdienen. Ob die Polizei sich dieser Durschen bedient hat, wissen wir allerdings nicht. Daß aber die Polizei trotz aller Spindel der Arbeiterschaft ratlos gegenüber steht, hat der gestrige Sonntag bewiesen. Wenn sie sich vor Blamage sichern will, gibt sie die Straße frei. Das Volk wird sich sein Recht nicht nehmen lassen. Und es weiß auch selbst Ordnung zu halten.

Der Zug nach dem Gewerkschaftshause.

Etwa gegen 11 Uhr, während noch auf dem Westendweg alles in Aufregung war und Gruppen von Straßenpassanten, die sonst auf Dortmunds Hauptstraße ungehindert ihren Sonntagsbummel abhalten, das Geschworne besprochen, erklang plötzlich drüben vom Markt weithin schallend die Marschallse, und dröhnend erbrannten die Hochrufe auf das freie Wahlrecht. Der zweite Zug.

Der nicht mehr zur Elisabethstraße gelangte und dann durch die Dannebergstraße, über den Wiedepfad zum Innern der Stadt gedrängt wurde, war auf dem Marktplatz angekommen! Der gute, alte Marktplatz! So eine Kundgebung hat er gewiß noch nicht gesehen! Im Sommer, wenn die Zeit der Militärparaden herankommt, da pflegen sich hier die Kriegervereine und andere guten Patrioten zu versammeln und spielen „Parade“. Wie weit davon entfernt war das, was er gestern erleben mußte! Im geschlossenen Zuge war das.

ein schwarzes Gewimmel von Proletariern, die für ihr Recht demonstrieren, die der Bourgeoisie zeigen wollten, welche Massen es sind, die sich nicht mehr länger erweichen und treten lassen.

Freilich, dem Polizeitrupp, der an der Ecke des Marktes zum Westendweg Posto gefaßt hatte, schien das gar nicht recht zu sein. Anfangs umkletterten sich die Beheinten wie eine Schar aufgeregter Kaninchen; wobei man sich besonders über den nervösen Herrn Kommissar Schrank amüsierte konnte; sie wußten nicht, was sie tun sollten, als die Spitze des Zuges, der etwa 4000 Mann umfaßte, zur Brückstraße herüber bog. Erst, als der weitaus größte Teil glatt durchgekommen war, versuchte es die Polizei,

eine Kette zu ziehen, die aber durchbrochen wurde. Da die Schuppleute sich verhältnismäßig vernünftig benahmen und es nur bei wenigen Momenten zu Handgreiflichkeiten mit Demonstranten kam, ging alles ziemlich gut ab. Bald war der ganze Reinoldplatz und die Brückstraße mit den protestierenden Arbeitern erfüllt, — wiederum erklang brausend das Lied von den „Arbeitsmännern“, — ein Hoch auf das freie Wahlrecht nach dem anderen ertönte, und die braven Spießbürger, die Geschäftsleute, die Waffischchen und Gymnasten, die da sonst flanierten, rissen die Augen und die Ohren auf. Die Fenster oben öffneten sich und Ueber-raschte beugten sich herab; an den Türeingängen der Häuser und der Läden drängten sich die Menschen und fragten und tauschten ihre Eindrücke aus, als wären sie ganz plötzlich aus einem Schlummer erwacht. Elegante Damen mengten sich unter die Proletarier und wollten wissen, was denn „das alles zu bedeuten“ habe. „Hoch das freie Wahlrecht“, so erscholl es wieder. Und die Träger wußten Bescheid.

Weiter marschierte der Zug. Dem schwarzen Menschenmeer konnte niemand widerstehen, niemand vermochte gegen den Strom zu schwimmen. Erst am Bahnhof, hinter dem Burgtor, stauten sich die Massen nicht mehr so dicht wie vorher. Durch die Eisenbahnunterführung strebte der Zug der Münsterstraße, nach dem Norden zu. Doch siehe, am Steinplatz standen wieder ein paar Schuppleute. Die guten Leute benahmen sich so würdig, wie es der Augenblick gebot: ruhig blieben sie auf ihrem Posten, ohne nervös zu werden. Unanfechtlich langen die Demonstranten, immer wieder erklang das Hoch auf das freie Wahlrecht, und somit hatten auch der nördliche Stadtteil und seine belebtesten Straßen ihren Anteil an der immonierenden Kundgebung des Proletariats.

Nach dem

Strom der Zug weiter. Wenige Minuten währte es, und der große Saal war von den Demonstranten besetzt, unter denen — das muß besonders hervorgehoben werden — sich auch christliche Arbeiter

befanden, die bis dahin fromme Schäflein der Kirche und des Zentrums waren, an diesem Tage aber, mitgerissen von der allgemeinen Begeisterung, zur plötzlichen Erkenntnis ihres Klasseninteresses gekommen waren. Genosse Schreiber eröffnete dann die Versammlung als Zusammenkunft der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und stellte kurz unter lautem Beifall das prächtige Gelingen unserer Demonstration und die musterhafte Haltung der Massen fest. Stehend, mit entblößtem Kopfe, sangen die Anwesenden den Wahlschlußvers der Arbeiter-Marxellaise. Genosse Klupisch nahm nun das Wort zu einer ansehnlichen Ansprache, die lauten Widerhall fand. Er betonte, daß man zum ersten Male in Dortmund ein machvolles Kundgebung durchführte, bezeichnete die neue Wahlrechtsvorlage als ungeheuerliche Provokation der Arbeiterschaft und wies mit Entschiedenheit darauf hin, daß man im bevorstehenden Wahlrechtskampfe wahrscheinlich noch zu schärferen Mitteln als zu bloßen Wahlrechtsdemonstrationen werde greifen müssen. Noch während der Rede Klupischs entstand plötzlich unter den Anwesenden eine starke Erregung. Vom Eingang her hörte man die Ausrufe:

„Kriminalbeamte sind hier.“ „Spindel haben hier nichts zu suchen.“ Der Beamte, der sich somit erkannt sah, drängte unter allgemeiner Empörung zum Ausgang, und Genosse Klupisch stellte ausdrücklich fest, daß Polizeibeamte nichts in dieser Versammlung zu suchen hätten, die nur aus Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins bestände. Später wiederholte sich die nämliche Szene, und wiederum mußte ein Unruher den Saal verlassen.

Uebrigens: den braven Spindeln hatte man am Ende der Versammlung, als die Teilnehmer auf die Straße strömten, noch einen hübschen Späßchen zu danken, freilich nur auf Kosten der Polizei. Plötzlich erschien nämlich ein Kommissar, die Schuppleuten unter dem Arm, mit einigen Beamten, die von den Spindeln herbeigeholt worden waren. Sie suchten nun die Straße zu „säubern“, obwohl alles so wie so im Begriffe war, nach Hause zu gehen! Nun aber, beim Anblick der Polizei, wurde man noch einmal angeporrt zur freien Wahlrecht, und noch einmal ertönte der Gesang der Marxellaise. . . . So war hier die Polizei so recht deutlich der „Geist, der stets das Böse will“ — und doch das Gute schafft. . . . Und bald zog der Herr Kommissar mit seinen Mannen wieder ab.

Nach der Demonstration.

Daß nach der wohl gelungenen Demonstration die Straßen nicht gleich wieder das übliche Alltagsbild boten, ist umso begreiflicher, als zahlreiche Arbeiter aus der Umgebung sich die Teilnahme nicht hatten entgehen lassen. Überall standen Trupps von Arbeitern, denen die Freude über das Schnippchen, das man der Polizei gelungen hatte, aus den Augen leuchtete. Allerorten sprach man die Hoffnung aus, daß die Regierung sich den unabwiesbaren Forderungen der proletarischen Staatsbürger nicht werde auf die Dauer verschließen können. Ueberall, in den Wirtschaften, auf den Straßen, bildete unsere Demonstration das einzige Gespräch.

Selbst bei der Polizei, die wohl erst glaubte, daß unsere Wahlrechtskundgebung noch den ganzen Nachmittag dauern werde. Denn wohin man blickte: überall standen die Sicherheitsmänner in Trupps von ein bis zwei Dutzend: an der Jacobikirche, am Burgwall, an der Bahnhofstraße, unter der Bahnüberführung, am Steinplatz usw. Die Schuppleuten herunter, machten sie einen durchaus kriegerischen Eindruck. Gelegentlich zum Einschreiten — die wohl mancher Spießhörn herbeisehnte — fand sich jetzt ebenso wenig, wie vorher. Als sie das Ueberflüssige ihres Wartens endlich eingelebten, machten sie es den Demonstranten nach: sie zerstreuten sich!

Wie nervös übrigens die Polizei war, geht auch noch daraus hervor, daß gegen 12½ Uhr der Ostendweg abgeperrt wurde. Selbst dort wohnende Personen konnten nicht in ihre Wohnung gelangen. Diese natürlich durchaus überflüssige Maßnahme hat die Geschäftsleute am Ostendweg am meisten geschädigt. Wofür sie sich hoffentlich bei der Polizei bedanken werden.

Die Straßendemonstrationen im Ruhebezirk.

Für den Wahlkreis Hamm-Sooft fand eine gemeinsame Kundgebung in Unna statt, die in prächtiger Weise verlief. Mehr als 5000 Menschen strömten aus allen Teilen des Kreises zusammen und erregten natürlich die volle Aufmerksamkeit unserer Spießer. Die Versammlung, die unter freiem Himmel hinter der Hasche'schen Brauerei abgehalten wurde, gewährte einen prächtigen Anblick. Der Vortrag des Genossen Hülsmann — Hochum löste eine jubelnde Begeisterung aus. Mit einem dreifachen Hoch auf das freie Wahlrecht wurde die Versammlung unter dem Gelange der Wahlrechts-Marxellaise geschlossen. Von einer besonderen Demonstration auf der Straße war Abstand genommen worden, doch wirkten die Züge der nach allen Richtungen heimkehrenden Wahlrechtskämpfer außerordentlich demonstrierend. Auch die Genossen des Hamm-Soofter Wahlkreises können mit ihrer Kundgebung durchaus zufrieden sein. Die Polizei verhielt sich — wie anerkannt werden muß — referiert.

In Bochum wurde die proletarische Wahlrechtskundgebung eingeleitet durch eine Riesensammlung. Der „Schühnenhof“ war bis auf den letzten Platz gefüllt und wurde schließlich polizeilich abgeperrt. Etwa 5000 Männer und Frauen folgten den marxistischen Führungen des Genossen König aus Dortmund, der die schändliche Wahlrechtsvorlage gebührend beleuchtete. Nachdem eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen, bildeten die durch einige Tausend Arbeiter verstärkten Versammlungsbesucher einen imposanten Demonstrationenzug, zu dem die königliche Polizei die Genehmigung erteilt hatte.

In dem musterhaften, ruhigen Zuge wurden zwölf große Schilder getragen, auf denen weithin zu lesen war: „Hoch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht!“ Gesungen wurde nicht, — doch imponierte der Zug besonders durch die wunderbare Ruhe, mit der er sich vorwärts bewegte, — dagegen brachte die Menge vor öffentlichen Häusern, auf Plätzen usw. brauende Hochrufe auf das freie Wahlrecht aus. Am Westfalenplatz löste sich der Zug in aller Ordnung auf und erreichte die wohlgeordnete Demonstration ihr Ende.

Die Polizei verhielt sich sehr referiert und war teilweise sogar sehr entgegenkommend. Wenn die königliche Polizei sich immer so musterhaft verhielt, könnte man ihr ein Kompliment nicht verlagern.

In Gelsenkirchen war die Versammlung von mehr als 2500 Arbeitern besucht; Genosse Arbeitersekretär Schreiber-Dortmund brandmarkte unter härmlichem Beifall der Massen das Wahlrechtsheul. An der Straßendemonstration, die von der Behörde genehmigt worden war, beteiligten sich 5000—6000 Personen.

In Recklinghausen war das Versammlungsortal derartig überfüllt, daß es schließlich polizeilich abgeperrt wurde. Nach einem dreiviertelstündigen Referat des Genossen Koforny leiteten sich die etwa 2000 Versammlungsteilnehmer in Bewegung und zogen durch die Große Geißstraße über den Markt, die Kunitzstraße und den Kaiserwall nach dem Rathaus. Hier wurden die Demonstranten von der sehr nervösen Polizei aus-

einandergesprengt. Sie trafen sich jedoch wieder auf dem Wall und nachdem sie abermals auseinandergeprengt worden, begaben sie sich im Zuge nach dem Versammlungsortal zurück. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

Nach Recklinghausen-Eib hatte die Polizei drei Kolonnen Schuppleute mit der Straßenbahn hinausgeschickt, doch fanden diese ebenso wenig zu tun, wie die — Feuerweh, die sich zu Polizeibiensten bereit gestellt hatte. Alles in allem muß die Demonstration als wohl gelungen bezeichnet werden — woran die kleinen Zwischenfälle mit den Vertretern der heiligen German- das nichts ändern.

Hagen. Hier waren drei überfüllte Versammlungen. Die Straßendemonstration (über 3000 Personen) ist glänzend verlaufen. Die Polizei verhielt sich ruhig. Die Demonstranten trugen Schilder mit der Aufschrift: „Hoch das allgemeine Wahlrecht!“ Nach einstündiger Dauer löste sich der Zug auf.

In Essen fand eine große überfüllte Versammlung statt, in welcher Genosse Geyer sprach. Nach der Versammlung bewegte sich ein großer Demonstrationenzug von 15 000 Personen nach dem schwarzen Arbeiterviertel Essen-West. Die Polizei hatte angenommen, die Demonstranten würden in die innere Stadt bringen und hatte viele durch mehrere hundert Polizisten abgeleitet. Auch am Abend noch ließ die Polizei nicht einmal einzelne Personen in die innere Stadt gelangen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Die Demonstrationen in Berlin.

In Berlin und seinen Vororten prangte am Sonntag an den Platsfäulen ein rotes Plakat folgenden Inhalts:

Bekanntmachung.
Es wird das „Recht auf die Straße“ verkündet.
Die Straße dient lediglich dem Verkehr.
Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffen-gebrauch.
Ich warne Neugierige.
Berlin, den 13. Februar 1910.

Der Polizeipräsident.
von Jagow.

In den Kasernen hatte das Militär den ganzen Tag Wehrhaft gestanden. Die Polizei war auf den Wachen zusammengezogen und vertrieb sich dort die Zeit, so gut es eben ging. An besonders „gefährdeten“ Stellen, so an den Zugängen zur Wilhelmstraße, wo der Reichstagskanzler wohnt, an den Zugängen zu den Linden, zum Schloß usw. standen die Schuppleute bereits morgens mit umgeschalltem Revolver und herabgelassener Schupplette.

Schon nach zehn Uhr wurde es auf den Straßen lebendig, die Arbeiter strömten den Versammlungsorten zu. Die Säle waren schon lange vor Beginn der Versammlungen überfüllt, so daß vor den Lokalen, auf den Straßen erhebliche Menschenansammlungen stattfanden, die den Schluß der Versammlungen abwarteten. Dann setzten sich die Demonstranten in Bewegung. Die Züge vereinigten sich an bestimmten Punkten mit anderen und nun zählten einige der Züge nach vielen Zehntausenden an Teilnehmern. Der Verkehr wurde indes nirgendwo erheblich gestört, denn die Demonstrationen bewegten sich nach Möglichkeit auf den Bürgersteigen. Die Polizei verhielt sich im allgemeinen ziemlich ruhig, so daß die Ruhe und Ordnung nicht gestört wurde.

Wir lassen nachstehend die Berichte aus den einzelnen Gebieten folgen:

Erster Wahlkreis.
Die Genossen des ersten Kreises zogen nach Schluß ihrer Versammlung in Dräsel's Festhallen unter Hochrufen auf ein freies und gutes Wahlrecht und unter dem Gelange der Arbeiter-marxellaise nach dem Oranienburger Tor zu, wo sie sich mit den Genossen des fünften Kreises begrüßten. Dann zweigte sich ein Teil ab, um zu versuchen, nach der Siegesallee zu kommen. Durch die Absperrung der Brücken wurde das verfehlt.

Ganz besondere Absperrungen hatte man beim Schloß und Unter den Linden getroffen. Doppelt und dreifach war die Absperrung aller Zugänge. Ein ganzes Heer von Polizeioffizieren und Mannschaften war aufgestellt. Namentlich bis zur Friedrichstraße war der Verkehr ziemlich unterbunden. Sonst ist von der „Via triumphalis der Hohenzollern“ nichts zu merken.

Wie glaubhaft berichtet wird, war im königlichen Marstall nicht nur Kavallerie, sondern auch Artillerie untergebracht.

Zweiter Wahlkreis.

Die Versammlungen in der Hofenstraße und in der Viktoria-Brauerei waren überfüllt; Tausende konnten keinen Einlaß finden. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Demonstranten durch die angrenzenden Straßen und vereinigten sich mit einem Zuge, der aus Schöneberg kam. Die Teilnehmerzahl wird auf etwa 20 000 geschätzt. Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht wechselten mit Arbeitergesängen ab. Am Winterfeldtplatz wurde eine Ansprache gehalten und ein Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht. Damit war die Demonstration zu Ende. Polizei war fast nirgendwo zu sehen; vor den Versammlungsorten waren die üblichen Posten aufgestellt.

Dritter Wahlkreis.

Auch hier waren die Versammlungen überfüllt. Die Teilnehmer zogen zwar ohne Stadien. Während die Versammlungsbesucher, die in den Arminalhallen waren, ungehindert bis zur Wilhelmstraße vordringen konnten, wurden die aus dem Gewerkschaftshause kommenden schon am Kaiser-Franz-Grenadierplatz aufgehalten. Man versuchte, trotzdem weiter zu kommen, was auch teilweise gelang. Der Zug, an dem etwa 16 000 Personen teilnahmen, kam bis zum Gendarmenmarkt und zerstreute sich dann langsam.

Vierter Wahlkreis.

Eine imposante Kundgebung war die Demonstration im vierten Berliner Reichstagswahlkreis, der den östlichen Teil der Stadt umfaßt. Die fünf Versammlungen im Kreise waren überfüllt, Zehntausende fanden keinen Einlaß. Die Demonstranten kamen truppenweise. Aus dem Nordosten der Stadt kam ein Zug von etwa 1000 Personen; ihm schlossen sich immer neue Massen an. Im Ru war eine Menge von über 10 000 Personen am Glashaus in der Sandberger Allee, die dann unter Gelange von Arbeiterliedern und mit Hochrufen auf das freie Wahlrecht die Petersburgerstraße entlang gingen. Inzwischen waren auch die Versammlungen beendet; jetzt gruppierten sich die Massen in einem Zuge, wie ihn der Osten Berlins bisher noch nicht gesehen hat. Alle Fenster waren von Schaulustigen dicht besetzt; an der Frankfurter Allee vereinigte sich der Zug mit weiteren Demonstranten. Jetzt ging es durch die Warschauerstraße über die Oberbaumbrücke nach dem Schlesischen Tor, wo bereits gewaltige Menschenmassen die Ankommenden erwarteten. Hier wurde eine kurze Ansprache gehalten und mit einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht gingen die Demonstranten, die auf etwa 40 000 Personen geschätzt wurden, auseinander. Auf dem ganzen Wege war kein Schutzmann zu sehen, weshalb es auch zu keinerlei Zwischenfällen kam.

Fünfter Kreis.

Die Versammlung war sehr stark besucht. Nach Schluß formten sich die Teilnehmer zu einem imposanten Demonstrationenzuge, der sich an der Friedrichstraße mit Demonstranten aus anderen Kreisen vereinigte. Unter den Linden beschützte ein starkes Schutzmannaufgebot Kaiser und Thron.

Sechster Wahlkreis.

Im Norden der Stadt waren die Versammlungen ebenfalls überfüllt. Polizei war fast nirgendwo zu sehen. Schon am frühen Vormittag wurden die Schuppleute von den Außenbezirken in Massen nach der inneren Stadt dirigiert. Von dem bekannten Versammlungsortal der Schönhauser Allee, dem „Berliner Brater“, zog nach 1 Uhr, als die überfüllte Versammlung ihr Ende erreicht hatte, ein mächtiger Zug die Schönhauserstraße hinunter, wo er mit Panower Demonstranten zusammenkam. Am Humboldtplatz kamen auch die übrigen Demonstranten aus dem sechsten Kreise und aus Charlottenburg. Die rote Fahne,

wurde entfaltete der wohl 5000 Mann umfaßte Zug, der durch die Stadt zog, war ein sehr imposantes Bild.

In den Demonstrationen beteiligten sich auch viele Arbeiter aus den Vororten, die in den Demonstrationen teilnahmen.

Die Demonstrationen in Berlin. Die Demonstrationen in Berlin waren sehr erfolgreich. Die Demonstranten zogen in großer Zahl durch die Straßen und wurden von der Polizei nicht gestört.

Am Sonntag, den 13. Februar 1910, fanden in Berlin und seinen Vororten Demonstrationen statt.

Die Demonstrationen in Berlin. Die Demonstrationen in Berlin waren sehr erfolgreich. Die Demonstranten zogen in großer Zahl durch die Straßen und wurden von der Polizei nicht gestört.

Der Polizeipräsident. von Jagow.

In den Kasernen hatte das Militär den ganzen Tag Wehrhaft gestanden. Die Polizei war auf den Wachen zusammengezogen und vertrieb sich dort die Zeit, so gut es eben ging.

Schon nach zehn Uhr wurde es auf den Straßen lebendig, die Arbeiter strömten den Versammlungsorten zu. Die Säle waren schon lange vor Beginn der Versammlungen überfüllt, so daß vor den Lokalen, auf den Straßen erhebliche Menschenansammlungen stattfanden, die den Schluß der Versammlungen abwarteten.

Wir lassen nachstehend die Berichte aus den einzelnen Gebieten folgen:

Erster Wahlkreis. Die Genossen des ersten Kreises zogen nach Schluß ihrer Versammlung in Dräsel's Festhallen unter Hochrufen auf ein freies und gutes Wahlrecht und unter dem Gelange der Arbeiter-marxellaise nach dem Oranienburger Tor zu.

Ganz besondere Absperrungen hatte man beim Schloß und Unter den Linden getroffen. Doppelt und dreifach war die Absperrung aller Zugänge. Ein ganzes Heer von Polizeioffizieren und Mannschaften war aufgestellt.

Wie glaubhaft berichtet wird, war im königlichen Marstall nicht nur Kavallerie, sondern auch Artillerie untergebracht.

Zweiter Wahlkreis.

Die Versammlungen in der Hofenstraße und in der Viktoria-Brauerei waren überfüllt; Tausende konnten keinen Einlaß finden. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Demonstranten durch die angrenzenden Straßen und vereinigten sich mit einem Zuge, der aus Schöneberg kam.

Dritter Wahlkreis.

Auch hier waren die Versammlungen überfüllt. Die Teilnehmer zogen zwar ohne Stadien. Während die Versammlungsbesucher, die in den Arminalhallen waren, ungehindert bis zur Wilhelmstraße vordringen konnten, wurden die aus dem Gewerkschaftshause kommenden schon am Kaiser-Franz-Grenadierplatz aufgehalten.

Vierter Wahlkreis.

Eine imposante Kundgebung war die Demonstration im vierten Berliner Reichstagswahlkreis, der den östlichen Teil der Stadt umfaßt. Die fünf Versammlungen im Kreise waren überfüllt, Zehntausende fanden keinen Einlaß. Die Demonstranten kamen truppenweise. Aus dem Nordosten der Stadt kam ein Zug von etwa 1000 Personen; ihm schlossen sich immer neue Massen an.

Fünfter Kreis.

Die Versammlung war sehr stark besucht. Nach Schluß formten sich die Teilnehmer zu einem imposanten Demonstrationenzuge, der sich an der Friedrichstraße mit Demonstranten aus anderen Kreisen vereinigte.

Sechster Wahlkreis.

Im Norden der Stadt waren die Versammlungen ebenfalls überfüllt. Polizei war fast nirgendwo zu sehen. Schon am frühen Vormittag wurden die Schuppleute von den Außenbezirken in Massen nach der inneren Stadt dirigiert.

dem Ball
den, be-
rüd. Die
Kolonnen
sanden
sie sich zu
muss die
voran die
Herman-
gen. Die
gend ver-
nstranten
ne Wahl-
f.
ung statt,
ammlung
Personen
Polizei
e innere
Polizisten
einmal
schenfälle
n.
Sonntag
8:
Waffen-
fident.
w.
Tag Be-
ammen-
An
ur Wil-
zu den
s mor-
uppen-
ebenbild,
die Säle
verfüllt,
enchen-
mlungen
wegung.
anderen
den an-
lich ge-
öglich-
in all-
icht ge-
en Ge-
ihrer
uf ein
beiter-
ten
ich ein
muen.
k und
ie Ab-
ried-
st von
arfall
ht.
toria-
fin-
ranten
einem
auf
recht
wurde
aus-
i war
en die
Zeif-
die be-
nein-
aus
rans-
er zu
etwa
t und
im
der
über-
anten
ein
neue
onen
seng
recht
and
in
ge-
st:
eren
über
ge-
er
auf
dem
auch
chluss
stra-
nten
ein
alls
eben
in
aten
iner
ihr
hin-
Am
hne

wurde entlastet und eine imposante Massenversammlung, an der wohl 50-60 000 Menschen teilnahmen, fand auf dem großen Ringgrund statt. Genosse Ledebour und der Demokrat Dr. Preusschmidt hielten Ansprachen. Arbeitergesänge erklangen, und die Hochrufe auf das freie Wahlrecht wollten nicht enden. In der „Brauerei“ und in den „Brauereien“ standen die Versammlungsteilnehmer dicht gedrängt. Die geräumigen Lokalitäten und Gärten reichten nicht für die Menge. Nach Schluss der Versammlungen bildete sich ein imposanter Zug, der durch die Straßen des Nordens zog und sein Ziel (Humboldtplatz) ohne Zwischenfälle erreichte. In der Turmstraße sah man keine Polizeibeamten, wohl aber waren einige Duzend Unteroffiziere in der Feuerwache untergebracht. In den Berliner Vororten fanden gleichfalls Demonstrationsversammlungen statt, die durchweg einen Massenbezug aufwiesen hatten. In den größeren Orten Rixdorf, Schöneberg, Charlottenburg, Ober-Schöneberg, Lichtenberg u. a. m. waren die Versammlungsfälle viel zu klein, um die Erscheinungen zu fassen. Nach Schluss der Versammlungen zogen die Demonstranten nach dem Stadtkern. Mächtige Züge begaben sich nach Berlin. Im allgemeinen war die Polizei zurückhaltend; nur in Rixdorf kam es zu Zusammenstößen. Hier nahmen an der Wahlrechtsdemonstration über 8000 Personen teil. Kurz vor dem Auseinandergehen des Zuges schritt die Polizei gewaltsam ein. Die Demonstranten hatten sich auf dem Richardplatz vereinigt, wo eine Ansprache gehalten wurde. Die Polizei schlug rücksichtslos auf die wehrlose Menge ein; ernsthaft Verletzungen sind indes nicht vorgekommen.

Aus dem übrigen Preußen.

Die Honsdorfer Versammlung war von über 400 Personen besucht. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen. Es folgte eine Demonstration durch die Stadt bis zum Rathaus; Hochrufe auf das Wahlrecht wurden ausgebracht. Die Polizei verhielt sich ziemlich passiv. Hemscheid. Hier sprach Liebknecht vor 3000 Personen. Hunderte fanden keinen Einlass. In zwei immer anschwellenden Zügen ging zum Volkshaus. Am Bahnhof wurden Liebknecht und Quaden dargebracht. Da sich die Polizei taftvoll benahm, wurden Zusammenstöße vermieden. In Elberfeld waren 7 Versammlungen. Besucherzahl über 4000. In Elberfeld Demonstration durch die Hauptstraßen zum Königsplatz, dort wurden Hochs ausgebracht. Die Polizeiarbeit war unerschütterlich. In Barmen waren die Hauptstraßen durch doppelte Ketten abgesperrt. Die Demonstranten mussten durch Nebenstraßen ziehen. Die Beteiligung in beiden Städten über 8000. Im Wahlkreis Düsseldorf vier überfüllte Versammlungen, nachfolgend Straßen demonstration durch die Hauptstraßen der Stadt von 10 000 Personen, die vor die Wohnungen des Abg. Rich. des Herrenhausmitgliedes Marx zogen. Polizei war zurückhaltend. Köln a. Rh. Die Kölner Parteigenossen zogen um 11 Uhr vom Dom aus in gewaltigem Zuge zur südlichen Stadt, wo drei Versammlungen stattfanden. Die zu mehreren hundert Mann zu Fuß und zu Pferde aufgebotene Polizei drängte den Zug zunächst in eine Nebenstraße, doch vereinigten sich die Teile bald wieder, um nach halbständigem Zuge in einer Zahl von insgesamt 10 000 Mann am Ziele einzutreffen. In der Hauptversammlung rebete Genossin Zeitlin. Unter minutenlangem Beifall der Versammelten erklärte sie: „Rufen sie Zuerst: „Hoch der Staatsrecht, so rufen wir: Hoch die Republik!“ Eine Kundgebung wie die heutige hat Köln noch niemals gesehen. Die demokratische Vereinigung hatte am Sonnabend eine Volksversammlung veranstaltet, in der sie gegen die Wahlrechtsvorlage protestierte und für Preußen das Reichstagswahlrecht und eine neue Wahlkreiseinteilung verlangte. In Bielefeld a. Rh. fand eine auch von Bürgerlichen außerordentlich stark besuchte Versammlung statt. Die einstimmig angenommene Resolution wurde durch eine Deputation dem national liberalen Landtagsabgeordneten Wolff überreicht. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen; auch die Mannschaften der Unteroffizierschule waren in der Kaserne konzentriert. Nach Schluss der Versammlung zogen die Teilnehmer vor die Wohnung des Abgeordneten Wolff und brachten Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht aus. Frankfurt a. M. Versammlung im Circus Schumann von 7000 Personen besucht. Tausende standen noch vor dem Lokal. Plötzlich erschienen berittene Polizisten, die schonungslos in die Leute hineintritten. Eine Frau mit einem Kind auf dem Arm wurde zu Boden geritten und musste von der Rettungswache abgeholt werden. Die Polizisten ritten sogar in die Häuser hinein und hieben auf harmlose Passanten ein. Nach Schluss der Versammlung zogen etwa 20 000 Teilnehmer nach dem Hohenloherplatz. Die Polizei war völlig überfordert, denn sie hatte in der Kaiserstraße abgesperrt. Die Demonstranten wurden von 20 berittenen Schutzeinheiten eingekesselt, zahlreiche Personen wurden verletzt. Auch in anderen Straßen fanden schwere Zusammenstöße mit der Polizei statt. Unter lauten Buhrufen der Massen sprengte die Polizei in der Nähe des Fischgrabens abermals in die Demonstranten hinein. Sogar in das Haus drang die Polizei ein, in dem sich die Redaktion der „Volksstimme“ befindet. Verschiedene Genossen wurden verhaftet, nach einigen Stunden aber wieder freigelassen. Selbst in bürgerlichen Kreisen wird das Vorgehen der Polizei scharf verurteilt. In Magdeburg begann sich eine Stunde vor Beginn der Versammlungen die Hauptstraße mit Demonstranten zu füllen, deren Menge bald zu Tausenden anschwellte. Unter Hochrufen und dem Gesang von Wahlrechtsliedern zogen die Massen nach den in den Vororten belegenen Versammlungsorten. Die Zahl der Teilnehmer dürfte mit 10 000 nicht überschätzt sein. Nach Schluss der Versammlungen begaben sich die Massen wieder nach der Stadt. Dem Andrang der Menge vermochte die Polizei nicht standzuhalten, und bald waren die Hauptstraßen wieder mit Demonstranten gefüllt. Zum Schluss kam es zu einer Kundgebung vor dem Rathaus und der Wohnung des Oberbürgermeisters. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Erwähnt sei noch, dass die Versammlungen eine Deputation zu dem Landtagsabgeordneten Grujan sandten, der sich ganz im national liberalen Sinne über die Wahlrechtsvorlage aussprach. Im Regierungsbezirk Magdeburg fanden insgesamt 40 Versammlungen statt. Überall war die Beteiligung, sowohl an den Versammlungen, als auch an den Straßendemonstrationen, außerordentlich stark. So waren in Halberstadt über 2000 Teilnehmer, in Burg 1200, Magdeburg 1100, Stahfurt 600, Thale 600, Osterwie 500, Quedlinburg 400, Calbe a. S. 300 und Salzwedel 350 Personen. Im Wahlkreise Bielefeld demonstrierten mehrere nahe bei einander liegende Orte gemeinsam, so dass es in Groß-Ottersleben zu einer Teilnehmerzahl von 2000, in Westerböfen zu einer solchen von 1700 Personen kam. In Halle zog die Polizei blatt und trieb die Demonstranten auseinander.

Aus Halle a. S. werden schwere Polizei-Brutalitäten gemeldet. Als nach 11 Uhr Tausende zu den Versammlungen strömten, wurden schon viele Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei schritt rücksichtslos ein. Die abgesperrten Versammlungen waren von über 6000 Personen besucht. Große Massen fanden keinen Einlass. Nach Schluss zogen die Massen unter Wüßlingen der Marzellaße heimwärts. Am Stadttheater trafen die Züge aufeinander. Hier waren ungefähr 15 000 Menschen versammelt. Die Polizei war überfordert und requirierte berittene Artillerie. Auch eine Kompanie Infanterie wurde herbeigerufen. Ohne jede Anforderung, den Platz zu räumen, sprengte plötzlich die Polizei zwischen die Menge und richtete ein fürchterliches Blutbad an. Mehrere Passanten erlitten entsetzliche Verletzungen; auch zwei Kinder wurden schwer verwundet. Die Attacke wiederholte sich mehrfach. Der Theaterplatz war von allen Seiten abgesperrt, so dass es der Menge nicht möglich war, sich zu zerstreuen. Die Verletzten mussten mit Krankenwagen fortgeführt werden. Außerdem wurden 50-60 Verhaftungen vorgenommen.

und die Verhafteten geschlossen abgeführt. Mit Vorliebe hieben die Polizisten auf Liegende ein. Noch um 3 1/2 Uhr wurde auf dem Markt in das zahlreich versammelte Publikum hineingeritten. Hierbei wurden auch wieder Kinder verlegt.

Die Versammlungen in der Umgebung Rastfeld waren außerordentlich stark besucht. Es herrschte überall begeisterte Kampfstimmung.

In Spremberg und Forst waren die Versammlungen stärker besucht als sonst. Die Umzüge verliefen ohne Störung.

In Rastfeld selbst konnte wegen der Stadtverordnetenwahl, für die mehrere Versammlungen einberufen worden waren, keine Wahlrechtsdemonstrationsversammlung stattfinden.

In Hannover wurden 13 Versammlungen abgehalten. Die Teilnehmerzahl wird auf 20-25 000 Personen geschätzt. Polizei war gewaltig gerüstet, verhielt sich aber passiv.

Kathenow. Mehr als 1500 Personen, die Versammelten zogen nach Schluss durch die Straßen der Stadt. Die Polizei war zurückhaltend.

Harburg. Trotz zweier am Mittwoch abgehaltener, überfüllter Versammlungen demonstrierten am Mittwoch 8000 Personen. Die Straßendemonstration verlief in musterhafter Ordnung, weil die Polizei ferngeblieben war.

In Altona-Dütsen glänzende Kundgebungen. Im „Englischen Garten“ 6000 Teilnehmer. Im „Sternplatz“ 2000. In Ottenen zwei überfüllte Versammlungen mit 4000 Personen. Große Absperungen. Schutzeinheiten zurückhaltend. Polizeihauptmann Kleeber aggressiv durch rücksichtsloses Hineintritten.

Kiel. Im Kieler Wahlkreis fanden 15 Versammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren. In Kiel nahmen etwa 10 000 Personen daran teil. Die Demonstranten zogen in geschlossenen Trupps nach den Versammlungsorten. Nach Schluss der Versammlung zogen die Teilnehmer in vier großen Zügen durch die Hauptstraßen der Stadt. Am Gewerkschaftshaus wurden die Züge, die sich inzwischen vereinigt hatten, durch die Polizei gesprengt. Man vereinigte sich wieder und zog vor das Haus des Oberbürgermeisters. Auf dem Exerzierplatz zog die Polizei blatt, die Menge verhielt sich aber ruhig, sodass die Polizei von der Waffe keinen Gebrauch machen konnte.

Stettin. Aus 8 Versammlungen zogen etwa 7000 Personen nach dem Innern der Stadt. Die Polizei hatte den Paradeplatz abgesperrt. Infolge dessen bewegte sich der Zug durch die vornehmsten Viertel, um sich dann in einer Vorstadt aufzulösen. Es wurden vereinzelte Sistrionen vorgenommen. Während des ganzen Nachmittags fand auf dem Paradeplatz über eine Stunde lang ein Massenpaziergang statt, den die Polizei nicht verhindern konnte.

Die Versammlung in Erfurt war von 1600 Personen besucht. Hunderte mussten umkehren. Nach Schluss zogen die Teilnehmer vor das Regierungsgebäude und brachten Hochrufe auf das freie Wahlrecht aus. Polizei und berittene Gendarmen gingen energisch gegen die Demonstranten vor. Das Militär war in Bereitschaft. In Jülich-Geslofen bei Erfurt nahmen 500 Personen an der Versammlung teil.

In Schöneberg-Elbe waren 1600 Personen versammelt. Nach der Versammlung fand ein Umzug durch verschiedene Straßen statt. Die Demonstranten zogen vor das Rathaus und brachten dort ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht aus. Die Polizei hat einige Personen festgenommen.

Bremerhaven. In den Unter-Weser-Orten wurden zwei Versammlungen abgehalten, die von über 2000 Personen, darunter viele Frauen, besucht war. Es fanden zum ersten Male Straßendemonstrationen statt. Deputationen gingen zum Landtagsabgeordneten Klumpp, wurden aber nicht vorgelassen. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend.

In Grubenz nahmen etwa 450 Personen an der Versammlung teil.

Kottbus. Nach Schluss der Versammlung demonstrierten ca. 300 Personen. Die Polizei war ausgebogen, ebenso ein Regiment Infanterie mit scharfgeladenen Gewehren, jedoch gab es keine Arbeit für sie.

In Järsenwalde war die Versammlung von über 2000 Personen besucht; die Teilnehmer zogen am Schluss durch die Stadt, ohne irgendwie gehindert zu werden.

In Nollhofen i. Th. war die Mittagsversammlung von etwa 1000 Personen besucht. Die gesamte Schutzmannschaft und ein starkes Gendarmenaufgebot stand in Bereitschaft. Nach Schluss der Versammlung zogen die Teilnehmer vor das Rathaus. Die Schutzeinheiten verhielten sich zurückhaltend. Es wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

In Nordhausen fanden zwei große Versammlungen statt, an die sich ein Umzug bis zur Mitte der Stadt schloß. Die Gendarmen aus dem ganzen Bezirk waren zusammengezogen, verhielten sich aber ruhig, so daß die Demonstration ohne Zwischenfälle verlief. — In dem nahegelegenen Sangerhausen war Militär für etwaige Zwischenfälle in Nordhausen bereit gehalten.

Striegau (Schl.). Um 11 Uhr vormittags stark besuchte Versammlung, dann Demonstration um den Ring, hierauf eine weitere ebenfalls überfüllte Versammlung.

Kattow. In Oberschlesien fanden Versammlungen statt in Kattow, Königschütze, Beuthen, Kattowitz, Zabrze und Zabrze, die sämtlich überfüllt waren. Die Polizei startete in Waffen, bekam aber nichts zu tun, weil von Straßendemonstrationen abgesehen wurde.

Königsberg. Gewaltige Demonstration auf dem Paradeplatz. Versammlung und Hof sehr stark besucht, riesiges Polizeiaufgebot. Straßensperrungen, mehrere Verhaftungen.

Tilsit. Versammlung unter freiem Himmel, 700 Teilnehmer. Vorher und nachher Straßendemonstrationen ohne ernste Zwischenfälle.

Protest der schwäbischen Demokraten.

Der Volksverein für Groß-Stuttgart besetzte sich Freitag abend mit der Landtagsrede des Herrn von Bethmann-Hollweg und nahm dann folgende Resolution an:

„Die vom Volksverein Groß-Stuttgart einberufene öffentliche Versammlung protestiert aufs entschiedenste gegen jeden Angriff auf die bestehende Reichsverfassung und fordert vielmehr endlich eine gerechte und entschiedene Fortentwicklung derselben. Sie protestiert mit Entschiedenheit gegen die grundlosen Beschimpfungen der deutschen Substanten durch den preussischen Ministerpräsidenten und Reichspräsidenten Fürsten Bethmann-Hollweg in der Donnerstag-Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses, in dem er als Folgen demokratischer, politischer und parlamentarischer Einrichtungen, wie wir sie besitzen, einen Rückgang der Kultur und der Erziehung und eine Verflachung und Verrohung der politischen Sitten behauptete.“

Bürgerliche Kundgebung gegen die Wahlrechtsvorlage.

Vertreter der städtischen Selbstverwaltung, der Wissenschaft und Kunst, der Industrie und des Handels, wollen am Sonntag, 20. Februar, mittags 12 Uhr, im Circus Schumann eine große Protestaktion gegen die preussische Wahlrechtsvorlage veranstalten.

Aus dem Wahlkreise Dortmund-Hörde.

Dortmund, 14. Februar.

* Neue Praktiken vom Zehnarbeitsnachweis. Bei den Debatte über den Zwangsarbeitsnachweis im Ruhrgebiet bezichtigte es Herr von Sydow als einen großen Fortschritt, daß anstelle der sechsmonatlichen Aussperrung für die sogenannten kontraktbrüchigen Vergleute eine Aussperrungsbauer von 14 Tagen getreten sei. Neuerdings werden nun aber auf den Beiden des Ruhrgebietes an die Vergleute Zettel verteilt, in denen es heißt:

„Sie werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß, falls Sie sich auf unserer Seite einen Kontraktbruch zuschulden kommen lassen, Sie hierüber 6 Monate auf keiner anderen

dem Zehnarbeitsnachweis angeschlossenen Bege zur Arbeit angenommen werden dürfen.“

Was sagt Herr von Sydow dazu? Ob er Veranlassung nehmen wird, sich um diesen Scharbald zu kümmern?

Despote. Grauenhafte Mißstände werden uns wieder von der Bege „Dorussia“ gemeldet. Wir teilen schon mit, daß das Seil gerissen sei, und die Belegschaft feiern sollte. Nachher wurde bestimmt, die Fahrten zu klettern, die Kohlen sollten mit dem besten Seil weiter gefördert werden, bis ein neues Herbeil da war. Dies wäre an sich nichts Besonderliches. Aber die Art und Weise, wie die ganze Sache gehandhabt wird, ist zum mindesten — schauderhaft. Will man von einer Fahrt durch die Fahrtröhre gelangen, so ist man gezwungen, einen Aufstieg zu machen, um sich nachher in dem auf den Bühnen liegenden Schlamm aufzurichten; da die Fahrten zu kurz sind, um hoch genug steigen zu können. Im Fahrtrichter ist kaum für einen Mann Platz. Daß man aber auf „Dorussia“ nicht so lange Zeit hat, bis das Drittel, welches seine Schicht beendet hat, zu Tage geklettert ist, sondern das so genannte Drittel ihren Kollegen schon entgegenkommen muß, ist auf diesem Wege selbstverständlich. Nun kann sich jeder denken, wie es in einem Fahrtrichter, wo abgeradete Vergleute mühselig heraufsteigen, während ihnen ihre Kameraden entgegenkommen, aussieht, wenn kaum soviel Raum vorhanden ist, daß eine Person durchkann. Die Personenfahrt mit dem gerissenen Seil ist verboten. Das geniert aber die Beamten garnicht. Während sich die Kameraden noch im Fahrtrichter befinden, bringt z. B. Steiger Mann auf den Korb, und fährt in die Grube, um die unten angekommenen Kameraden an die Arbeit zu treiben. So geht es die ganze Schicht. Aber nicht nur der Steiger, sondern auch der Anschläger nimmt für sich das Recht in Anspruch, mit fast jedem Korb, einerlei ob Kohlen oder Steine gefördert werden, herauf und herunter zu fahren. Jedenfalls ist demselben dies befohlen, zum mindesten erlaubt worden, sonst würde er sich einer so großen Gefahr nicht aussetzen. Wie es in Anbetracht solcher Verhältnisse im Bau der berühmten „Dorussia“ aussieht, kann man sich denken. Alles was man sieht, sind Mißstände. Daß noch manche Witze der Bege „Dorussia“ den Verlust des Ernährers, viele Kinder den Verlust des Vaters zu schreiben, das hat man anscheinend auf diesem Büt schon ganz vergessen. Anstatt danach zu streben, eine Musterzeche zu werden, läßt hier die Untertreibung und Mißachtung der selbstverständlichen Sicherheitsmaßregeln alles zu wünschenswürdig. Nun, für heute mag es genug sein. Aber das können sich die Herren von „Dorussia“, Despel merken, daß es die Kumpels bald satt sind. Man sollte kaum glauben, wie große Angst die Herren vor der „Arbeiter-Beitrag“ haben. Sehr oft werden Arbeiter, wenn sie im Verdacht sind, der „Arbeiter-Beitrag“ etwas mitgeteilt zu haben, hierher abgeführt. Die Gefinnungsschneiderei steht in vollster Blüte. — Ergänzt wird uns noch mitgeteilt, daß eine Fahrtröhre kaputt, und trotzdem es gemeldet wurde, noch nicht gemacht worden ist. Auf den obersten Fahrtröhren fliegen den Leuten der „Berdeimist“ entgegen. Es stinkt wie in einem Pferdestall, demnächst werden wir die Mißstände im Bau dieser Bege näher beleuchten. Wir hoffen bestimmt, daß die Verwaltung dafür Sorge trägt, daß die Vergleute nicht mehr sagen können: „So ein „Sanloch“ wie „Dorussia“ gibt es nirgends.“

Provinz-Nachrichten.

Duisburg. Während der Freitag-Nachricht auf Bege „Witten b“ in D. Meibach ging der Anschlagspunkt am blinden Schacht zu Bruch. Die Vergleute Smith und Böller wurden unter den Trümmern begraben. Einer sofort herbeigelegten Rettungsmannschaft gelang es, nach angestrengter mehrstündiger Tätigkeit die Verschütteten zu bergen. Beide waren tot.

Neueste Nachrichten.

Ursache des Unterganges des „General Chanzy“.

Paris, 13. Februar. In der Compagnie Transatlantique vermutet man, daß die Explosion des „General Chanzy“ in einem Raume erfolgte, in dem sich dreißig Tonnen Schießpulver befanden.

Paris, 13. Februar. Der Marineminister erhielt vom französischen Botschafter in Palma folgende gestern abend um 10 Uhr aufgekommene Depesche: Die Ursache des Unterganges des „General Chanzy“ ist wahrscheinlich eine Kesselexplosion. Die Postläde mit den eingeschriebenen Briefen und den Geldsendungen wurden gerettet.

Paris, 14. Februar. Zu dem Untergang des Dampfers „General Chanzy“ wird noch gemeldet: Als einzige Leichen wurden gestern die eines Mannes von etwa 30 Jahren und einer Frau, die ihr Kind umklammert hielt, an das Ufer geschwemmt. 6 französische Torpedojäger werden von morgen ab die an der Unglücksstätte schwimmenden Leichen zu bergen suchen. Der einzige Überlebende Varedes will sich jetzt deutlich einer Kesselexplosion in der Nähe des Riffs von Correnueva erinnern. Nach den Aussagen Varedes war das Licht des Leuchtturms in dem Morgennebel kaum wahrzunehmen.

Der finnische Landtag.

Helsingfors, 13. Febr. Der neue Landtag wird, wie nunmehr endgültig feststeht, bestehen aus 42 Männern, 28 Jungfinnen, 26 Schweden, 86 Sozialdemokraten, 17 Agrarien und einem christlichen Arbeiter. Es sind 15 Frauen zu Deputierten gewählt, darunter 9 Anhängerinnen der Sozialdemokratie. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist 789 633.

Chinesische Soldaten bekämpfen sich gegenseitig.

Songtsung, 13. Febr. In Kanton bekämpften sich drei Bataillone chinesischer Soldaten gegenseitig; dabei wurde eine Polizeistation erübrigt. 200 Soldaten desertierten. Die Bewegung richtet sich nicht gegen die Fremden.

Kanton, 13. Febr. Die meutenden Truppen, zwei Bataillone Infanterie, stürmten ein Polizeigebäude. Die Stadttore sind geschlossen, die treugebliebenen Truppen mobilisiert; am Osttor ist ein Gefecht im Gange.

Zur Erinnerung

an die erste

Dortmunder

Wahlrechts-Demonstration

am 13. Februar 1910

haben wir

4 Postkarten

nach photographischen Momentaufnahmen (ausgenommen vom Westenholweg, Markt, Balkenstrasse, Brückstrasse) herstellen lassen. Diese Bilder sind vorzüglich gelungen und werden für die Teilnehmer eine schöne Erinnerung bilden.

Preis pro Stück 10 Pfennig, alle vier Karten 35 Pfennig.

Bestellungen nehmen sämtliche Zeitungsboten an.

Expedition der Arbeiter-Zeitung

Dortmund, Kielstrasse 5.

Reste-Verkauf

**Beginn Montag,
den 14. Februar,
morgens 8 Uhr!**

In allen Abteilungen Auslagen riesiger Posten Reste, Restbestände und Abschnitte
zu erstaunlich billigen Preisen!

Sämtliche Kleiderstoff-Reste

sowie Abschnitte, schwarz und farbig, bis 4 Meter Länge

auch **Ballstoff-Reste**, nur gute Stoffe, darunter die besten und wertvollsten Qualitäten, welche 2, 3 und 4 Mark per Meter gekostet haben, ohne Rücksicht auf großen Verlust zum Einheitspreis Meter

Alle übrigen Kleiderstoff-Reste und Abschnitte zu entsprechend ausserordentlich billigen Preisen.

95 Pfg.

Ein großer Posten

Weisse Waschstoff-Reste und Abschnitte

durchbrochene Stoffe, Seidenbatiste, gestupfte Mulle etc. für Blumen, Kleider und Schürzen, teils leicht angestaubt

Serie I Serie II Serie III

Meter **20** Pfg. Meter **45** Pfg. Meter **68** Pfg.

Circa 1500 Meter
farbige

Waschstoff-Reste

Mousseline, im. und Organdy, darunter Qualitäten, welche bis 1 Mk. p. Mtr. gekostet haben

25 Pfg.

Ca. 3000
Meter

Reinwoll. Mousseline

Reste und Abschnitte

in Längen von 1-8 Meter, darunter die besten eff. Qualit.

Serie I **35** Pfg. Serie II **68** Pfg.

2000 Meter Fabrik-Reste Schürzensiamosen

prima Nordhainer Fabrikat, Reste in Längen von 1-6 Meter, nur diesjährige neue Dessins, mit kleinen Schönheitsfehlern

Serie I
120 cm breit

Serie II
140 cm breit

Meter **55** Pfg. Meter **65** Pfg.

Ein Posten Nessel-Reste und Abschnitte

in Längen von 2-8 Meter, gute Qualitäten Mtr. **18** Pfg.

Ungebleicht Biber Reste und Abschnitte

darunter schwere Serie I Körperqualitäten Meter **26** Pfg. Serie II Meter **39** Pfg.

Ein Posten

Hemdentuch und Wäschetuch

Reste und Abschnitte, in allen Längen, nur 80 cm breite Qualität, ... Meter

26 Pfg.

Ca. 3000 Meter

Weisswaren-Reste und Abschnitte

Hemdentuche, Dowlas, gebleichte Croisé, Biber, Piqué u. f. w., in Längen von 2-10 Meter, ganz vorzügliche Qualitäten

Einheitspreis Meter

35 Pfg.

Ca. 1500 Meter

Scheibengardinen-Reste

creme und weiß, darunter die besten Tüll-Gardinen

Serie I

Serie II

Jeder Rest **15** Pfg.

Jeder Rest **25** Pfg.

Restbestände

in schwarzen und farbigen Kleiderstoffen und Seidenstoffen, Unterröcken, Schürzen, Leib-Wäsche, Gardinen, Rouleaux etc. mit

10% Extra-Rabatt

Die Rabattsätze haben nur für die extra auf Tischen ausgelegten Restbestände Gültigkeit.

Die noch vorhandene Winterware in Damen- u. Mädchen-Konfektion u. Putz teils zu grossen Verlustpreisen.

Meyer & Günther

Steinplatz

Dortmund

Fernruf 3255.

630

Bei mir

kaufen Sie den besten und billigsten

Spiritus! Liköre, Weine.

266 Likörfabrik

Fromme,
Weissenburgerstr. 26.

Haltestelle der Ringbahn.
Wachmann
überall!

Flechte

„Meine Frau war ihr Leben lang über 50 Jahre mit einer hässlichen behaftet. Kein gesundes Mädchen hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie Jucker's Patent-Medizinale-Seife angewendet hat, fühlt sie sich wie neugeboren und in drei Wochen waren die Flechten beseitigt. Jucker's Patent-Medizinale-Seife ist Tausende wert.“
E. B. in L. a. Stad. 50 Pfg. (13%ig) und 1.50 Mk. (33%ig, harte Form). Dazugehörige Jucker-Creme 75 Pfg. und 2 Mk. Ferner Jucker-Seife (mild), 50 Pfg. u. 1.50 Mk. Gibt in all. Apoth., Dro., Parfüm. etc.

Erklärung!

Der Altbändler Werner, Seilgassestr. 48-50, verkauft zu Schmeicheleien neue und getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel etc. wegen Ueberfüllung des Lagers. 617 Nur Seilgassestr. 48-50. Wohnung von 2 Zimm. am 1. Mai a. verm. Bergmannstr. 3. 618

Zöpfe

sehr billig 615
rein Natur-Seide von 2 Mk. an.
Frisourgeschäft, Waihalde.

Ober- und Unterbett

billig zu verkaufen. (625)
Hamm,
Bahnhofstr. 28, 2. Etage.

Kotten-Verkauf

Gr. mal. Wohn. m. Tenne u. Stall, bringt 600 Mk. Miete mit Obst- und 7 1/2 Acker. Preis 12.500 Mk. mit Ans. 1000-2000 Mk. Restkauf. bleibt u. Sparte an 1. Stelle anfalls. Neben. Eigen. f. d. gut für Kolonial-Geschäft. Näher. d. Gust. Meyermann, Ahlenberg d. Gerde, Stat. 598

Fr. Wilh. Neuhaus, Dortmund

Münsterstr. 92 Fernruf 565
bist am Lager: Saker, Kästel, Sen, Stroh, Gerste, Mais, Hünerfutter, Gerstenmehl, Vollmehl, Kleie etc. in nur prima Qualität und liefert diese Artikel zu den billigsten Preisen frei Haus oder Bahn hier. 4386

Verschollener gesucht.

Der Arbeiter Michael Handke, verheiratet mit Emma geb. Richter, welcher am 20. 3. 01 von Düsseldorf nach Wersten abgemeldet ist, wird zwecks Ausfindung seines Vermögens gesucht. Um Nachricht bitten
Gänsler Stanislaus Kubiak
Abwesenheitspfleger (61)
in Tarnowitz, Kreis Schmiegel.

Schneiderlehrling.

Gehr. Kaufmann
Küchengeldmünd.
Ordentliches Dienstmädchen
gesucht.
S. Lohmhaus
Kornbrück b. Barock.

Schön möbl. Zimmer an ank. mittags u. 8-12 Uhr nachmittags von 2 1/2-8 Uhr. An Sonntagen 634
Geroldstr. 10, Fahrradgeschäft, von 8-9 1/2 Uhr vormittags.

Empfehle diese Böde Prima Fleisch von schweren Zeichenpferden

Tägl. frisch Gehacktes 30 Pfg.
Schinkenwürst, Blockwürst,
Schwarzmagen u. Vortonnen.

Fritz Wiege,

Hörde, Goldstraße 21.

Hienfong-Essenz

garant. m. f. reitet, extra stark, für Wiedererläuter Dyd. 2 Mk. 3.50 u. 30 Gläsern 2 Mk. 8. - vortofrei und Verpackung frei. - Alibewährte, gesunde reelle Bezugsquelle. Glänzende Anerkennungen, offeriert das Meiste Königlich-er Laboratorium von G. Reinhardt, Königssee i. Th.

Mörder Pfandleih-Anstalt.

Ans.: Heinrich Schneider, Altor Markt Nr. 3. Geöffnet an Wochentagen vormittags u. 8-12 Uhr, nachmittags von 2 1/2-8 Uhr. An Sonntagen 634

Stadt-Theater

Montag, den 14. Februar 1910
A. 36. 7 1/2-9 1/4. Schauspielpreise.
Wenn wir Toten erwachen.
Epilog von G. Abben. 633

Dienstag, 15. Febr. 1910.

B. 36. 7 1/2-10 1/4. Opernpreise.

Hans Heiling.

Romant. Oper von G. Reinhardt.

Mod. Schlafzimmer

m. Verall. u. Küche m. Kachel, f. d. bill. Fr. 310 Mk. a. verk. 670

Vornr. 129.

Gütertrennungen
besorgt schnell und diskret (431)
Rechtsbureau E. Scheibe,
1. Kampstr. 73, n. Petrifirche.

Sanitätshaus, Hamm i. W.
Verlangen Sie gratis und franko
illustrierte Prospekt mit vielen
Neuheiten über 6247

Kg. Gummiwaren.

Im A
Wahlrecht
weisung de
Was aus
weiß noch
britten Tag
die breiten
Vielleicht n
mit den W
fördert zu
ner der Bro
zum Wort,
nahmen Da
hatten, der
noch echt li
legen den f
kanntlich n
Abfassung
ostentativ d
vertretung
„Volkshaus
Großgrundb
Arbeiter. C
Sollte dazu
rische Beha
die Regieru
in ihren Be
bleibt, die g
zutreffende
Deutschland
langem nich
Dr. Bachm
wirklichen V
einmal vor
Bethmannsch
die Bauern
hängigen Be
sich sowohl g
Bethmann-S
recht nicht ge
erst zeigen so
Rechte, bere
burg und im
Und nun gef
am Donnerst
das Reichsta
ten mit ihre
hatte, erhob
Angriffe ein
bern um den
jetzige Wahl
Thronrede ei
Bethmann u
Linken begru
werden. Sp
nach eine W
sehen. Klägl
politisch bebr
des parlam
des Kriegsmi

36)
Volter ha
hört. Wie er
das alles, das
seine Grundjä
wollte sich in
regen, das er
des tiefsten
fangenen.
„Ich verfi
nicht vollkomm
leben. Ich b
Gele. Glaub
ohne an Viel
festigkeit des
Anfichten noch
„Nie,“ rief
„Das“ wol
„Du hast lang
rde um sich
Werde erst fr
andre Gedanke
einseln Men
ist das Ber
sein! dir
die mißbraucht
in Zukunft no
„Ja, ja!
sie alle bran
wir schon wei
einer mißfühle
darfst du mir
„Dast du t
„Nein. W
Arzt melden
Ueberzeugung
dir doch gar
Wenn ihr es
habe dir haupt
scheinen, wie
schon sagte, wie

Beilage der Arbeiter-Zeitung

Nr. 37.

2. Blatt.

Dortmund, Montag, den 14. Februar 1910.

19. Jahrg.

Der Abschluss der Wahlrechtsdebatte.

Im Abgeordnetenhaus gingen am Sonnabend die Wahlrechtsdebatten zu Ende und brachten zum Schluss die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Was aus den Kommissionsverhandlungen herauskommen wird, weiß noch kein Mensch. Aber soviel zeigte auch die Reden des dritten Tages, daß — die Reform mag ausfallen, wie sie will — die breiten Massen des arbeitenden Volkes enttäuscht bleiben. Vielleicht werden einige Mittelständler für würdig erachtet, mit den Militäranwärtern zusammen in eine höhere Klasse befördert zu werden, aber die Arbeiter bleiben rechtlos. Als Redner der freisinnigen Vereinigung kam der Abg. Dr. Bachnide zum Wort, den während der Blockpolitik wegen seiner besonders zähen Haltung viele schon zu den Nationalliberalen geworfen hatten, der aber durch seine Wahlrechtsrede bewies, daß er auch noch echt liberale Töne anschlagen versteht. Er fertigte überlegen den freikonservativen Draufgänger v. Zedlitz ab, der bekanntlich nach Oldenburgischer Weise am Tage vorher für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts eingetreten war und ostentativ das Abgeordnetenhaus, diese Karikatur einer Volksvertretung, das preussische Volkshaus genannt hatte. In diesem „Volkshaus“ sitzen nach einer Aufstellung Dr. Bachnides 140 Großgrundbesitzer, nur 8 Kleingewerbetreibende und noch weniger Arbeiter. Es gehört die ganze junkerliche Dreifaltigkeit eines Zedlitz dazu, angesichts solcher offenkundiger Verhältnisse so läugerische Behauptungen aufzustellen. Selbst bei Dr. Bachnide hat die Regierungsvorlage die tiefste Erbitterung hervorgerufen, die in ihren Bestimmungen noch weit hinter den Wahlrechten zurückbleibt, die gegenwärtig in Japan und Rußland bestehen. Eine zutreffendere Illustration des Bülow'schen Wortes: „Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran“ ist wohl seit langem nicht geliefert worden. Neues konnte natürlich auch Dr. Bachnide an vernichtender Kritik gegen diese Ausgeburt einer wirklichen Wahlreform nicht vorbringen. Er unterstrich noch einmal vor allem den mittelstandsfeindlichen Charakter dieser Bethmann'schen Reform, die die Gewerbetreibenden und auch die Bauern zurücksetzt hinter den Unteroffizier und den abhängigen Beamten. Mit anerkennenswerter Schärfe wandte er sich sowohl gegen die bespöttelnden Äußerungen des Herrn von Bethmann-Hollweg über das Reichstagswahlrecht, die sich erst recht nicht gehören von einem Manne, der in seinem neuen Amt erst zeigen soll, ob er was kann, und gegen die staatsrechtlichste Rechte, deren wahrer Genießer im Reichstage Herr v. Oldenburg und im Landtage Ostapio v. Zedlitz Ausdruck gegeben haben. Und nun geschah das Ungeheuerliche: Herr v. Bethmann, der am Donnerstag in mehr als einstündiger, wohlpräparierter Rede das Reichstagswahlrecht herabgesetzt und die süddeutschen Staaten mit ihren freiheitlichen Verfassungen grundlos beschimpft hatte, erhob sich, aber nicht, um auf die gegen ihn gerichteten Angriffe einzugehen — dazu reichte es offenbar nicht aus —, sondern um den einen Bachnide'schen Satz zurückzuweisen, daß die jetzige Wahlrechtsvorlage im Vergleich zum Königswort in der Thronrede ein Rückschritt darstelle. Das bestritt Herr von Bethmann und verlangte, worauf ihn freilich eine Lachsalve der Linken begrüßte, mit solchen Versicherungen ernst genommen zu werden. Sprachlos und seufzte sich, hörte sich die weitere Debatte noch eine Weile an und verschwand dann auf Nimmerwiedersehen. Kläglich hat wohl selten sich ein Minister in einer politisch bedeutsamen Frage benommen, wie Herr v. Bethmann, dessen parlamentarischer Mißerfolg sich würdig dem Mißerfolge des Kriegsministers im Reichstage vom Tage vorher anschloß.

Die zweite Garnitur der Redner leitete der konservative Abg. Mallewitsch ein. In seiner besseren Vergangenheit Schriftleiter und eine Zeitlang eifriger Anhänger der sozialdemokratischen Partei, hat er sich jetzt zu einem konservativen Konfessionschützen entwickelt, der wegen seines fließenden Mundwerks hier und da von seiner Partei vorgeschickt wird, wenn es eine schlechte Sache zu verteidigen gilt. Diesmal argumentierte Herr Mallewitsch besonders geschmacklos. Vor allem das „Berliner Tageblatt“ hat es ihm angetan, und gegen dieses richtete sich der größte Teil seiner Angriffe. Natürlich entrüstete auch er sich über den schlechten Ton der Sozialdemokraten, bewies seinen guten Ton aber in demselben Atemzuge mit der Behauptung, daß ein Teil des Abgeordnetenhauses der Fürsorgeerziehung bringend bedürftig zu sein scheint. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erfreuen sich nicht einer so unbegrenzten Ausbildung des Präsidiums. Sachlich war der Mallewitsch'schen Rede zu entnehmen, daß die Konservativen in der Kommission dafür sorgen wollen, auch dem Mittelstand die Möglichkeit eines Aufstiegs in eine höhere Klasse zu geben. Als würdiger Anhänger der Partei der Dreifaltigkeit erwies sich der zweite nationalliberale Redner Dr. Krause-Königsberg. Es soll nicht geleugnet werden, daß er manches scharfe Wort gegen rechts fallen ließ, daß er überzeugend die einseitige Bevorzugung der Konservativen bei der Befugung aller höheren Verwaltungsposten nachwies, daß er mit guten Gründen die Bethmann'sche Behauptung widerlegte, die preussische Regierung stehe über den Parteien. Dann aber zeigte er auch gleich seine andere Seite: seine Bewunderung vor der eminent lauternden Persönlichkeit des jetzigen Ministerpräsidenten, seinen grimmigen Haß gegen die um ihr Recht kämpfende Arbeiterklasse. Unter einem Aufwand von viel Pathos wandte er die ganze Wucht am Schlusse seiner Rede gegen die äußerste Linke und suchte der Sozialdemokratie die nationale Gesinnung abzuspülen. Dabei verschmähte er das abgebrauchte Mittel der Herrschenden aller Länder nicht, die sozialdemokratischen Parteien des Auslandes als „national“ gegen die sozialdemokratische Partei des eigenen Landes auszuspielen. Diese Methode ist zu abgeschmackt und so häufig widerlegt, daß unsere Gegner gut täten, sich diese abgestandenen Redensarten endlich zu verheizen und mit besseren Gründen zu kommen, falls sie solche haben. Ein freikonservativer versuchte in der weiteren Debatte, den Vorstoß seines Parteifreundes v. Zedlitz als harmlos hinzustellen, gerade wie im Reichstage die Konservativen Herrn v. Oldenburg nicht ernst genommen zu sehen wünschten. Der Herr v. Zedlitz und den Einfluß dieses in seiner Art geschickten und gewissen Politikers kennt, weiß, was von dieser mehr als faulen Ausrede zu halten ist. Der letzte Redner war der freisinnige Abg. Fischebeck, unermüdet bekannt als Vorkämpfer der bürgerlichen Linken beim vierfachen Mandatsraub. Hier gebärdete er sich stark oppositionell, sprach von den Parteien, die sich um den Thron scharen und einseitig egoistische Zwecke verfolgen, und verstieg sich sogar zu einer Rechtfertigung der aufsteigenden Erbitterung über die Unzulänglichkeit der Bethmann'schen Wahlreform. Am Montag steht die Interpellation der Nationalliberalen wegen der Beamtenmaßregelungen in Posen auf der Tagesordnung.

Verhandlungsbericht.

20. Sitzung, Sonnabend, den 12. Februar 1910.

Haus und Tribünen sind stark besetzt.
Am Ministertisch: von Bethmann-Hollweg, von Moltke.
Dr. Bachnide (Frz. Bg.): Der Ministerpräsident hat ver-

sucht, die Probleme der Zeit zu erfassen. Mit ihm zu diskutieren, hat einen gewissen Reiz, aber man kommt dabei zu ganz anderen Ergebnissen. (Sehr richtig! links.) Die den Parlamentarismus herabsetzenden Äußerungen des Ministerpräsidenten dürfen nicht unwiderprochen bleiben. Sie sind sehr wenig angebracht bei einem

Staatsmann, der erst seine Laufbahn anfangt!

Die Regierungsbank ist nicht das Zentrum, von dem politische Kultur und Bildung ausgeht. (Sehr gut! links.) Große Worte und kleine Taten bezeichnen den Ministerpräsidenten. Die Vorlage hat größte Enttäuschung und tiefste Erbitterung hervorgerufen. Es darf nicht dabei bleiben, daß die eine Hälfte des Volkes über 300 Abgeordnete und die andere nur 140 wählt. Wie will man leugnen, daß die öffentliche Wahl die Wahlbeeinflussung begünstigt? Auch die Sozialdemokraten üben in den Städten Terror. — Die Bevorzugung der ehemaligen Soldaten ist eine ungerechtfertigte Zurücksetzung der Gewerbetreibenden und vor allem der Bauern. Abgelegtes Examen ist kein Maßstab der Bildung und Bedeutung. Für uns freisinnige ist die Vorlage unannehmbar, schon darum, weil sie nicht die geheime Wahl bringt. Zufrieden ist mit der Vorlage nur die Sozialdemokratie, weil sie ihr willkommenen Agitationsstoff bietet. (Zuruf bei den Soz.: An dem fehlt es uns auch sonst nicht.) Freilich möchte ich die Sozialdemokraten bitten, nicht auf die Straßen zu steigen und keine ungeheuerlichen Mittel anzuwenden. Mit Straßendemonstrationen bereiten Sie nur den Gegnern eines gesunden Wahlrechts Freude. (Sehr richtig! bei den Freis.) Herr von Zedlitz hat gestern ein gefährliches Wort gesprochen:

Reich oder Reichstagswahlrecht?

Das kann natürlich nur so viel heißen, daß das Reichstagswahlrecht fallen muß. (Hört! hört!) Herr von Zedlitz unterhebt sich von Herrn von Oldenburg nur darin, daß Oldenburg gleich noch Bajonetten ruft, Zedlitz nach Paragraphen. — Der Reichstag hat im allgemeinen den sozialen und nationalen Sinn gewahrt, wie nur irgend ein anderes Parlament. In England wie in Frankreich sehen wir Demokratie und Patriotismus eng vereint. Was soll es also heißen, wenn Herr von Zedlitz die Demokratie und Wehrkraft in Widerspruch stellt? England ist das Mutterland des Parlamentarismus und zugleich eines der mächtigsten Länder der Erde. Wir müssen auch in Preußen zu einem Parlament kommen, dessen Zusammensetzung uns für die Vertreter der Gesamtinteressen der Nation bürgt. (Leb. Beifall links.)

Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg sucht unter ungläubiger Heiterkeit der Linken der Behauptung entgegenzutreten, daß die Regierung mit der Einbringung dieser Vorlage ein Rückzugsgesetz antrete. Ich bringe doch nicht zum Späts eine Vorlage ein mit

solch einschneidenden Verfassungsänderungen!

(Lärm, Lachen und Unruhe links.) Die Staatsregierung hat Anspruch darauf, ernst genommen zu werden. (Bravo rechts, lautes Lachen links.)

Mallewitsch (konf.): Der Abg. Ströbel hat die Vorlage grimmig bekämpft und sie „hundsstisch“ genannt. Nicht nur die sozialdemokratische Presse agitiert in diesem Tone. Er findet sich auch im „Berliner Tageblatt“. Nur naibe Leute halten es immer noch für ein bürgerliches Blatt. Nach Herrn Träger soll sich ganz Süddeutschland über die Wahlrechtsvorlage aufgeregt haben. Ja, warum denn? Wir haben uns auch über die bayerische Wahlrechtsvorlage nicht aufgeregt. (Sehr gut! rechts.) Wir haben

schwere Bedenken gegen jede Wahlreform

(Aha! links), weil wir an dem alten konfessionellen Charakter des preussischen Staates mit Zähigkeit festhalten. Wir wollen den demokratischen Aspirationen im Reich und Preußen das Gleichgewicht halten. (Bravo! rechts, Lachen links.) Der Freisinn übt Selbstmord, wenn er für das Reichstagswahlrecht in Preußen eintritt. Wir wollen die Herren aber doch noch recht lange hier im Hause sehen. (Große Heiterkeit. Aufst. links: „und in Fürsorgeerziehung nehmen.“ Stürmische Heiterkeit.) Ein Teil des Hauses scheint der Fürsorgeerziehung bringend zu bedürfen. (Große Heiterkeit.) Warum haben die Liberalen das Wahlrecht nicht geändert, als sie die Mehrheit hier hatten? Damals gefiel es ihnen ausgezeichnet. (Heiterkeit. Sehr gut!)

„Soldaten sein schön!“

Bilder aus Kaserne und Lazarett.

Von Karl Fischek.

(Nachdruck verboten.)

30. (Fortsetzung.)
Volter hatte der leidenschaftlichen Erzählung sinnend zugehört. Wie er mit ihm fühlte. Wie lebendig erschien ihm doch das alles, das ganze Glend. Die bereite Junge Polowsky hatte seine Grundzüge auf einen Moment ins Bannende gebracht. Es wollte sich in ihm auch ein Bedürfnis nach Wiedervergeltung regen, das er aber sofort im Keim unterdrückte. Einen Blick des tiefsten Bedauerns und Versteheß warf er auf den Gefangenen.

„Ich verstehe und begreife deinen Zustand und deine Absicht vollkommen. Ich kann mich ganz gut in deine Lage versetzen. Ich bedaure bloß dich! Du tust mir leid in tiefster Seele. Glaube mir — ich habe schon so viel einstecken müssen, ohne an Wiedervergeltung zu denken. Man muß die nötige Festigkeit des Charakters besitzen. Vielleicht ändern sich deine Ansichten noch.“

„Nein“, rief Polowsky.
„Das wollen wir nicht hoffen“, entgegnete Volter ruhig. „Du hast lange keine Menschen gesehen. Sechs Jahre Soldatenleben um sich zu haben, ist etwas Furchtbares für unsern Menschen. Werde erst frei! Sollst du leben, Polowsky, dann kommst du auf andere Gedanken und läßt die dumme Geschichte da fahren. Dem einzelnen Menschen lege ich weniger Schuld bei. Das System ist das Verbrechen, der Zwang, dieses wehrlose Preisgebeben! — dir das taten, hatten zu viel Gewalt in Händen. Und die mißbrauchten sie. Es gibt noch viele solcher und wird auch in Zukunft noch viele geben.“

„Ja, ja! Aber meine Rache laß ich nicht, nie! Ich muß sie alle drankriegen, diese Hunde, diese Glenden! Dann werden wir schon weiter leben.“ Es tut mir unbeschreiblich wohl, einer mißhandelten Seele mein Herz auszusprechen, aber dagegen darfst du mir nichts reden.“

„Dast du keine Furcht, verraten zu werden?“
„Nein. Wenn Bornemann — oder wenn du dreist dem Arzt meilen würdest, du hättest mich beobachtet und wärst zur Nebeneinander gekommen, daß ich nicht krank wäre, würde man dir doch gar nicht glauben! — Ich weiß, ihr tut es nicht. — Wenn ihr es tätet, bliebe meine Behandlung dieselbe. Nein, ich habe dir hauptsächlich erzählt, um vor deinen Augen so zu erscheinen, wie ich wirklich bin. — Bornemann hat mir, wie ich schon sagte, viel von dir erzählt. Von deinem Freund, deiner

Brant, von deiner ganzen Art und Weise. In den langen Jahren auf Festung habe ich mir etwas wie Menschenkenntnis angeeignet. Wie ich dich nun sah und von dir hörte, merkte ich gleich das Gemeinliche, das wir beide haben. Du urteilst sicher über das Militärwesen und dies ganze Dasein genau so wie ich. Denk ja nicht, ich sei ein gänzlich vollkommenes Subjekt. Ich habe urteilen gelernt. Was für verschiedene Existenzen habe ich während meines Jammerdaseins kennen gelernt. Ich habe dabei die Augen offen gehabt. Und du glaubst gar nicht, wie so eine Last die Sinne schärft. Meine Mitgefangenen waren auch nicht alle dumme Bauern. Im Gegenteil, viele Schläue und Intelligenz waren dabei, aber auch viele Schlichte. Da hab' ich manches gelernt. Man hatte ja geistig weiter nichts zu tun, als sich, gegenseitig zu studieren.“

„Dabei siehst du nicht ein, daß das eine große Dummheit ist, was du begehren willst?“

„Das ist etwas anderes! Ich begreife, daß Rache eines vernünftigen Menschen unwürdig ist. Aber ich kann doch nicht anders. Diese schadenfrohen lachenden Gesichter will ich einmal sehen, entsetzt, angstvoll, jittersnd vor mir, den sie gequält, geschunden, ärger wie ein Tier — einmal muß ich sie so sehen, oder es naht und wundert in mir unaussprechlich — früher finde ich keine Ruhe!“

„Ich sehe, es ist vergebens, dich von diesen Gedanken abzu- bringen. Mach das mit dir selbst ab.“

„Werde ich auch!“

„Es ist bloß unglücklich traurig, daß man Menschen so weit treiben kann. Wo man hinblickt beim Militär, nichts als Lüge, Verstellung, verhasster, verführter Zwang! — Ach! Alles Böse wird hier förmlich gezüchtet — gemeinster Mißbrauch der Autorität! Man muß ganz fittlich fest sein, um ohne Schaden durchkommen zu können.“

„Ja, ja, du hast recht. Schon der Anfang, Zwang, erzogen Widerwillen. Man muß lügen, sich verstellen; so kommt man hübsch langsam ganz herunter!“

Schweigend saßen sich beide eine Weile gegenüber, bis Volter aufschreckte und nach seiner Uhr sah.

„Jetzt wird gleich die Ablosung kommen“, rief er.

„Was? Schon so spät?“

„Jetzt Minuten vor Neun. Was ich für dich tun kann, wird geschehen!“ versicherte Volter, während er sich zur Ablosung vor- bereitete.

„Ich danke dir, rief Polowsky und reichte Volter die Hand, die dieser ergriff.“

„Sei nur vorsichtig und laß die andern nichts merken!“

„Da hab keine Sorge. Außer mit dir und Bornemann rede ich mit keinem!“

Am ersten Feiertag war Volter auf Krankenwache bei Polowsky, und am zweiten durfte er mit den Schülern der äußeren Station das Lazarett nicht verlassen. Eine große Operation war in Aussicht. Am Vormittag war nach dem Spezialisten telegraphiert worden, weil der Zustand des blindarm- franken Gefangenen sich von Stunde zu Stunde verschlechterte hatte. Um vier Uhr nachmittags sollte der Operateur kommen, den Kranken zu untersuchen und, wenn nötig, gleich zu operieren.

Die ganze Station war in Aufregung. Bis zur Ankunft des Arztes wurde alles zur eventuellen großen Operation vorbereitet. Verbandsmittel hergerichtet, Instrumente abgeleckt, steril gemacht. Sergeant Bogdan kommandierte die Sanitäts- schüler im Operationsaal herum. Mit einemmal wollte alles richtig klappen, und der Hauptschuldige war Bornemann. Dieser bewachte aber bei den verschiedenen lebenswichtigen Titulaturen seine gewohnte humorvolle Ruhe, die den Sergeanten nur noch wilder machte.

Auf dem Korridor schrie dieser ihm zu: „Holen Sie mir sofort meine Mütze aus dem Burschenszimmer, die ich dort liegen gelassen habe.“

„Zu Befehl, Herr Sergeant.“

Bornemann wachte genau, daß die Mütze in dem Burschen- zimmer des linken Flügels des Lazarets sich befand. Um aber den Sergeanten zu ärgern, drehte er sich langsam um, nach dem rechten Flügel zu, ins verkehrte Burschenszimmer zu gehen.

„Wo wollen Sie denn hin?“ rief ihn der Sergeant zurück.

„Ins Burschenszimmer, die Mütze holen.“

„Sie haben doch vorher gesehen, daß ich von dieser Seite kam. Da können Sie sich doch denken, daß ich dort die Mütze vergessen habe.“

„Das habe ich nicht gesehen!“

„Nun gehen Sie! Aber ein bißchen dall!“

Wieder drehte sich Bornemann gemütlich um und tat so, als wenn's ihm selbst recht eilig wäre.

„Bornemann! — Kommen Sie mal her!“ rief ihn Sergeant Bogdan wieder zurück. „Sie bewegen sich gerade wie in einem Zigarrenladen. Hier gibt's keine Zigarren zu fortieren! Machen Sie marisch — marisch! — Sonst werde ich das mit Ihnen mal im Hof unten üben, Sie Schwein Sie!“

„Nanohl, Herr Sergeant“, antwortete Bornemann, in einem Ton, als wenn ihm diese Aussicht ein ganz besonderes Vergnügen bereitet hätte.

Sergeant Bogdan mußte ihn nun schon gehen lassen, wie er ging. Sonst hätte es ihm doch zu lange gedauert, bis er seine Mütze endlich bekam.

(Fortsetzung folgt.)

rechts.) Auf einmal schwört jetzt die Linke auf ein Königs-
wort. Selbstverständlich muß das Königswort eingelöst wer-
den. Aber das ist von Seiten der Regierung jetzt geschehen.

Die neuen Vorschläge über das Aufheben in höhere Klassen
sind in unseren Augen eine Schwächung des Einflusses des
Mittelstandes. Wir werden danach zu trachten haben, ihm seine
berechtigte Stellung zu erhalten. (Beifall rechts.) Das richtige
sich nicht gegen die Beamten, für die allein die Vorlage Privi-
legien vortreibt. Redner nimmt die preussische Beamtenklasse
gegen die Beleidigungen des „Berliner Tageblattes“ in Schutz.
Es ist ganz gleichgültig, ob solch ein Mann aus einem Schen-
kenlokal stammt; wenn er nur 12 Jahre mit Ehren
des Königs gedient hat, so ist er dann ein nützliches Ele-
ment des Staates. (Großer Beifall rechts.)

Die geheime Stimmabgabe ist eine Schwächung des Ver-
antwortlichkeitsgefühls, und eine solche Schwächung kann ver-
hängnisvolle Folgen für den Staat mit sich bringen. (Sehr
richtig! rechts.) Leuten von 21 Jahren und Frauen das Stimm-
recht zu geben, das hieße aus der Volksherrschaft eine Kinder-
stube machen. (Beifall rechts.) Wenn der Abg. Ströbel sich
darüber gewundert hat, daß andere Parteien sich nicht dem
Empfang anschließen, den seine Freunde dem Ministerpräsi-
dentem bereiten, so vergißt er doch

die große Partei der anständigen Leute,
die sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten hier zusamen-
findet. (Sehr richtig! rechts.) Uebertrumpft wird das Be-
nehmen der sozialdemokratischen Abgeordneten noch durch ihre
Presse, die dem Ministerpräsidenten nachsagt, er wolle das Volk
in den Zustand der Sklaverei zurückführen. Sklaven sehen
anders aus als unser preussisches Volk, das in seinen wirt-
schaftlichen Verhältnissen gründlich vorwärts gekommen ist. Das
unwürdige aber ist, daß die Genossen aus bürgerlichen Kreisen
Zugung bekommen. Redner erhebt sich abermals über das „Ber-
liner Tageblatt“, und schließt mit der Versicherung, daß seine
Kraft nicht in der Kommission noch im Plenum die für den
Mittelstand unerlässlichen Bestimmungen des geltenden Wahl-
rechtes preisgegeben werde. Der alte tüchtige preussische Staat
darf nicht durch Experimente gefährdet werden. (Lebhafter Bei-
fall rechts, Lachen links.)

Dr. Krause (natl.): Auch das Reichstagswahlrecht hat die
Existenz einer starken konservativen Partei nicht gehindert.
Herr Maffei hat von der Linken Beweise gefordert für die
Reformbedürftigkeit des Wahlrechtes. Eine merkwürdige For-
derung

angefichts der allgemeinen Unzufriedenheit
mit dem jetzigen Wahlrecht. (Sehr richtig! links.) Die Bedeu-
tung der Industrie in Deutschland kommt der der Landwirtschaft
mindestens gleich, aber das Wahlrecht begünstigt einseitig
das politische Interesse. Mit der direkten Wahl will die Regierung
die politische Interessen beleben. Aber Herr von Bethmann be-
trachtet davon agitatorische Verheißung. Agitation muß sein.
Agitieren die Herren von der Rechten etwa nicht? (Zuruf links:
Und wie! Heiterkeit.) Die Vorschläge wegen Privilegierung

einzelner Gruppen seitens der Regierung lassen das sozial-
demokratische Moment vermischen. (Sehr richtig! links.) Gibt
man den Unselbständigen und wirtschaftlich Schwachen ein Wahl-
recht, so muß es das geheime sein, denn nur die Stimmen, die
nach Ueberzeugung abgegeben werden, haben ethischen Wert.
Wir rechnen auf eine

Mehrheit für die geheime Wahl
in diesem Sinne. Und wenn sich dann die Regierung auf die
Seite dieser Mehrheit stellt, dann wird das Herrenhaus sicher-
lich nicht ablehnen. Wenn es eine so starke konservative Strö-
mung im Lande gibt, wie Herr von Bethmann behauptet, warum
fürchten denn dann die konservativen das geheime Wahlrecht?
(Sehr gut! links.) Bei der öffentlichen Wahl haben die Land-
räte einen unzulässigen Einfluß auf das Resultat. Sie sind
mächtiger als die Minister. Wir kommen nicht darüber hin-
weg, daß wir eine Parteiregierung haben, eine

konservative Parteiregierung.
das pfeifen die Späßen von den Dächern! (Sehr richtig! links.)
Auch wenn es der Ministerpräsident nicht billigt, ist es Zeit-
liche. Ich habe oft in konservativen Kreisen die Aeußerung ge-
hört, daß es durchaus falsch sei, die Bildung der Menschen zu
heben. Das

Wahlrecht, namentlich für die niederen Stände, nicht notwendig
sei, sie erzeuge Unzufriedenheit, mache die Leute rebellisch. (Hört,
hört! links.) Mehr liberaler Geist in der Verwaltung würde
vielleicht höhere bürgerliche Elemente von der Sozialdemokratie weg-
führen. Ist es denn den Herren von der Rechten noch nicht auf-
gefallen, daß in allen Ländern, in denen liberale Strömungen
vorherrschten, die Betätigung der Sozialdemokratie eine ganz
andere ist als bei uns? (Sehr richtig! links.) In England und
Frankreich verdient die Sozialdemokratie die Bezeichnung einer
nationalen Partei. Die Arbeitermassen lassen dort das in-
transigente in Ton und Inhalt maßlose Verhalten vermessen,
zu welchem sie bei uns greifen. Sollte nicht ein innerer Zu-
sammenhang bestehen zwischen liberaler Regierung und dieser
Betätigung der Sozialdemokratie? (Sehr wahr! bei den Natl.)

Unsere Sozialdemokratie ist allerdings — darüber können auch
die längsten Reden nicht hinwegtäuschen — nicht nur demo-
kratisch, sondern auch antimonarchisch und antinational. Die So-
zialdemokratie, nicht aber, das muß unterschieden werden, der
deutsche und preussische Arbeiter! (Sehr Zustimmung bei den
Natl.) Arbeiterklasse und Sozialdemokratie sind nicht identisch.
Unter national verstehen wir etwas anderes als der Abg.
Ströbel. Wir verstehen darunter den Stolz auf eine wunder-
bare große Geschichte. Wir verstehen darunter, daß, wenn
einmal wieder trübe und erste Zeiten heraufbeschworen wer-
den, dann wieder wie im Jahre 1870 ohne Rücksicht auf Stand
und Partei alle zusammenhalten. Diese Gesinnung hier bei der
Vorlage missprechen zu lassen, ist unsere patriotische Pflicht.
(Zuruf bei den Natl. und rechts.)

Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg, der sich zu
Worte gemeldet hatte, winkt ab.

Dr. von Bismarck (freikons.): Man hat das Wort meines
Partei Freundes von Bethmann: „Reich oder Reichstagswahlrecht“
zu tragisch genommen. Niemand auf der Rechten denkt daran,
den Reichstag durch 10 Grenadiere auflösen zu lassen oder das
Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Aber Preußen hätte unter
dem Reichstagswahlrecht nicht die mächtigste Entwicklung
nehmen können, die es genommen hat. — Wir Hannoveraner
sind für die öffentliche Wahl. Unsere Bauern würden es ver-
stehen, daß man nicht die Courage hat, für seine Ueber-
zeugung offen einzutreten. In der Kommission wird zu prüfen
sein, wie die Gewerbetreibenden gegen den Terror der Sozial-
demokraten geschützt werden können. (Beifall rechts.)

Fischer (fr. Vpt.): Wenn ein neues Wahlrecht auf Grund
dieser Vorlage zu Stande kommt, so wird die Mischstimmung im
Volke noch zunehmen. Wenn man dem Herrn Ministerpräsi-
dentem alles glauben will, dann brauchen wir in Preußen
weder eine Verfassung noch ein Parlament

und könnten uns ebenso gut einem absoluten Herrn anvertrauen.
Die Mischstimmung des Volkes hat sich auch bei den letzten Lan-
tagswahlen geäußert; die große Mehrheit der Wähler hat sich
gegen die Politik der Rechten erklärt. (Zustimmung links.) Der
Ministerpräsident hat ein hohes Loblied auf die Selbstverwal-
tung gesungen, aber unsere reaktionäre Politik hat sich immer
mehr von den Grundstufen der Stein und Hardenberg entfernt.
Die ländliche Selbstverwaltung wird nicht mehr von freien
Bauern besetzt, sondern von konservativen politischen Beamten.
(Sehr richtig! links.)

Die Mischstimmung des Volkes richtet sich nicht gegen den
Monarchen, sondern gegen den Thron, der ihn umgibt, gegen die
Leute, die in der Umgebung des Herrschers ihre egoistischen Ziele
verfolgen. Diese Leute lieben es immer, den Thron als gefährdet
hinzustellen, wenn ihre eigene Nachstellung gefährdet ist. (Sehr
richtig! links.)

Alle ersten Monarchisten
wollen den Thron von diesen Parasiten befreien!

Der Ministerpräsident hat über den sensationellen Einschlag
gellacht, der sich in der parlamentarischen Berichterstattung be-
merkbar macht. Diese Sensation stammt doch gerade von der
unparteiischen Presse, welche die Regierung so sehr be-
günstigt.
Jeder Mittelstandsfreund muß für das geheime Wahlrecht
eintreten. Der Reichstagsvorschlag geht einen falschen Weg. Auf
diesem Wege liegen die Reden gegen das Reichstagsrecht und
das Sabelraseln der Herren von Oldenburg und Konstantin.
(Sehr Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen; damit ist die
erste Lesung des Reichstagsvorschlags beendet. Die Vorlage geht
an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Das
Haus vertagt sich auf Montag 11 Uhr. (Nationalliberale Inter-
pellation, betreffend die Abgrenzung der Beamten in Polen,
und Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats.)
Schluß 4 Uhr.

Der Wahlrechtskampf.

An die Verhöhnner des Volkes!

Ihr seid die Diebe, die Ihr ohn' Erbarmen
Dem Unbeschußten stiehlt sein heilig Recht!
Ihr seid die Glenden, die Ihr dem Armen
Sein letztes Brot zu nehmen Euch erdreht!

Und Ihr seid Mörder, denn Ihr mordet ihn,
Der nicht, wie Ihr, in Glanz und Glüd geboren,
Dem nicht, wie Euch, die rohe Macht verleiht!
Sprecht: Wer hat Euch zu Richtern je erkoren?!

Ihr ward es selbst! Um Euer kleines Leben,
Das bluterkauft, länger noch zu retten,
Habt mit Geseßen Ihr Euch dicht umgeben!
Gewalt heißt Euer Recht, und Kerker-Ketten!

Recht spreche jedem einzig sein Gewissen,
Und wo es schweigt, ist nicht das Urteil dein! —
Wenn der Geseße letztes Blatt zerissen
Wird ausgelöscht die letzte Sünde sein!

Was sagt der Reichstag?

Die bürgerliche „Berliner Volkszeitung“ schreibt:
„Herr v. Bethmann-Hollweg erblickt nach seinen Ausfüh-
rungen eine Hauptaufgabe in der Befähigung demokratischer
Tendenzen und des Parlamentarismus. Wie vertritt sich diese
Erklärung mit seinem Amt als Kanzler des Deutschen Reiches,
das auf einem demokratischen Wahlrecht aufgebaut ist? Wie
kann Herr v. Bethmann-Hollweg es über sich gewinnen, nach
seinem Bekenntnis auch nur noch einen Tag Reichstagskanzler zu
bleiben? Und wie stellt sich der Reichstag zu diesem als
Feind des Reichswahlrechtes bezeugenden Kanzler? Wie der
Bundesrat?“

Warum warten sie eigentlich?

Daß am Donnerstag, dem ersten Tag der Wahlrechts-
debatte, Straßendemonstrationen der Arbeiter vor
dem Abgeordnetenhaus stattfinden würden, war in bürgerlichen
Kreisen allgemein angenommen. „Gut unterrichtete“ Blätter
hatten das bevorstehende Ereignis im voraus angekündigt, der
Präsident hatte die Abgeordneten brieflich ermahnt, den Weg durch
ein ruhiges Vergehen zu nehmen, da vor dem Hause
Volksansammlungen stattfinden würden. Das Haus
war im Belagerungszustand, draußen standen die Polizisten ge-
streckt und gelb, und im Innern tauchten die bekannten Er-
scheinungen jener gehobenen Wähler auf, die den Zivilisierungs-
geist und die Erkenntnis der Markte in der Tasche haben. Der
erste sozialdemokratische Journalist, der die Presse tribüne be-
trat, wurde mit der Frage begrüßt: „Wann kommen sie?“
und da er lächelnd die Achseln zuckte, glaubte man, er warte ein
Kriegsgeheimnis. Auch der nationalliberale Abg. Schiffer kam
in seiner Rede auf die Straßendemonstrationen zu
sprechen, die anscheinend diesmal durch das schlechte Wetter ver-
hindert worden wären. Und als die Sitzung zu Ende war,
wandte sich ein konservativer Abgeordneter an den diensttuenden
Polizeileutnant mit der geängstigten Frage: „Hat sich denn
was ereignet?“ „Nein, Herr!“, „Na, — Gott sei Dank!“
So warteten sie alle: Regierung, Polizei, Vizepräsident,
Journalisten, Abgeordnete — und waren schließlich ganz er-
staunt, zu hören, daß nichts losgewesen, daß gar keine Straßen-
demonstration geplant gewesen sei. Sie hatten sich alle so fest
vorgestellt, es seien ihnen schon so gewiß, es konnte gar nicht
mehr anders sein.

Und nun war es wirklich nichts gewesen! Man wunderte
sich darüber! Und fand es gar nicht wunderbar, daß man sich
wundert! Dennoch ist diese allgemeine Verwunderung, fast
könnte man es eine Enttäuschung nennen, ein kleines Wunder
der Suggestion. Die Herrschaften begreifen, daß die Ar-
beiter sich das schöne Spiel nicht länger gefallen lassen und
daß die Ungehobenen auf der Straße demonstrieren wollen,
scheint ihnen beinahe schon selbstverständlich. Denn wäre dem
nicht so und hielten sie die Straßendemonstrationen für unnützlich,
zwecklos, oder glaubten sie, die Massen ließen sich einhüten —
ja, warum warten sie dann eigentlich?

Der Massenstreik und das Bürgertum.

Ueber den Massenstreik als Mittel des Wahlrechtskampfes
schreibt die nationalliberale „Düsseldorfer Zeitung“:

„Es ist nicht zu leugnen, daß ein solcher Massenstreik
recht nachteilig und unangenehm werden könnte...
Aber für wen? Den Arbeitern und die großen Unbequemlich-
keiten eines solchen Generalstreikes würden vor allen Dingen
das Bürgertum in den Städten treffen, das von einem
solchen Vorgehen großen Schaden haben würde.
Nun ist aber gerade das Bürgertum zum großen Teile der
Wahlrechtsvorlage der Regierung entgegen. — Die Sozial-
demokratie würde also mit ihrer Streikidee gerade diejenigen
treffen, die in der Wahlrechtsfrage bis zu einem gewissen
Grade zusammengehen.“

Damit wird nur bestätigt, was in der letzten Zeit in der
sozialdemokratischen Presse über den Massenstreik zu lesen
war. Statt aber die Sozialdemokratie zu beschwören, vom
Massenstreik abzusehen, sollte das Bürgertum dafür sorgen, daß
die Wahlrechtsfrage bald in befriedigender Weise gelöst wird.
Dann gibt es gewiß auch keinen Wahlrechts-Massenstreik!

Bethmann als Plagiator.

Der Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht, den der Reichs-
kanzler und Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg in seiner
Landtagsrede unternahm, erinnert an ein ähnliches Ereignis,
das sich im Dezember des Jahres 1883 abspielte und damals
nicht geringe Aufregung hervorrief. Der bürgerliche Demo-
krat, unterstützt von der Fortschrittspartei, hatte im Abgeor-
detenhaus einen Antrag eingebracht, der die Einführung der
geheimen Abstimmung bei den Landtags- und Kommunalwahlen
vorschlug. Das gab dem berüchtigten Minister des Innern,
v. Puttkamer, Gelegenheit, nicht nur den bestehenden preußi-
schen Zustand zu verteidigen, sondern auch unter wachsendem
Beifall der Rechten gegen das im Reich geltende geheime Wahl-
verfahren die härtesten Angriffe zu richten. Schließlich ging
Herr v. Puttkamer so weit — ein Schritt, vor dem sich Herr
v. Bethmann doch kühnlich gehütet hat — einen preussischen An-
trag im Bundesrat anzuführen, durch den das Wahlgeheim-
nis bei den Reichstagswahlen beseitigt werden sollte.

Die Erregung steigerte sich noch, als ein paar Tage später
die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Mitteilung machte,
daß Herr v. Puttkamer bei seiner Erklärung in vollem Ein-
verständnis mit dem Fürsten Bismarck gehandelt habe, der auf
der anderen Seite geneigt sei, das allgemeine, gleiche und
öffentliche Wahlrecht, wie es künftig für das Reich bestehen
sollte, auch auf die Landtags- und Kommunalwahlen auszu-
dehnen.

Fürst Bismarck hielt also das öffentliche Wahlrecht für ein
so unbedingt wirksames Mittel zur Bändigung des Volks-
willens, daß er mit diesem allein — ohne Klassen- und indirekte
Wahl — auszukommen gedachte. Schließlich schloß aber die
Sache ein, ohne daß ein entscheidender Schritt zuvor auch nur
versucht wurde. Bei der damaligen Zusammenkunft des
Reichstages schien der Plan aussichtslos und später wurde er
nicht wieder aufgenommen.

In seiner Rede vom 5. Dezember 1883 hatte der Herr
v. Puttkamer, Epikheir und Minister des Sozialistengesetzes,
u. a. gesagt:

„Das Wahlrecht ist nach unserer Auffassung nicht bloß
ein individuelles Recht des Einzelnen, seine Parteianficht zur
Geltung zu bringen, sondern es ist ein ihm im öffentlichen
Interesse anvertrautes Amt, welches mit einer schweren Ver-
antwortlichkeit verbunden ist... Ich gebe ja zu, daß es Par-
teien gibt, welche in ihrer ganzen Anlage und ihren ganzen Be-
strebungen nach ein Interesse daran haben, durch die geheime
Abstimmung die Masse der Nation so zu gestalten, daß das Ge-
fühl der Verantwortlichkeit in der Entscheidung verloren
geht, aber für die Regierung ist der entgegengesetzte Stand-
punkt der maßgebende. Wir sind der Meinung, daß es für die
öffentliche Moral nichts Verderblicheres geben kann, als
wenn man den Wähler, den einzelnen sowohl wie die ganze
Masse derselben, von dem Gefühl der Verantwortlichkeit für
seine Wahl durch die geheime Wahl entleert.“

Dieses echte Puttkamerstück stimmt im Sinn und annähernd
sogar im Wortlaut mit Herrn v. Bethmanns neuestem Ergüssen
so sehr überein, daß man fast glauben könnte, der gegenwärtige
Herr Reichskanzler hätte die Rede Puttkamers auswendig zu

lernen versucht, infolge einer Gedächtnisschwäche seien aber noch
allerhand Ungereimtheiten hineingeraten, zu denen sich Herr
v. Puttkamer nie verlegen hat. Auch Herr v. Puttkamer war
ein Schwabeneuer, der die Brutalität seines Handelns mit
einem Schwall bedeutend sein sollender Redensarten begleitete.
Aber derartige Platteheiten von sich zu geben, wie den unsterb-
lichen Satz Bethmanns: „Unser ganzes Leben steht auf Ab-
hängigkeiten zusammen“, hätte er sich denn doch ein wenig ge-
schämt.

Glender Zynismus.

Von der Philosophenschule der Zyniker ist Herr
v. Bethmann nur der Zynismus geblieben, die Philo-
sophie ist längst bei allen Teufeln. Denn elender Zynismus
ist es, wenn derselbe Mann mit so unschuldiger Miene von diesen
Hängigkeitsverhältnissen spricht, der den Terrorismus gegen
die Beamten zu seinem obersten Regierungsprinzip erwählt hat,
dessen Wahlrechtsvorlage einzig und allein auf diesem Terroris-
mus aufgebaut ist.

Und ist es etwas anderes als herausfordernder Zynismus,
wenn der Mann in demselben Augenblick, wo er die Entrech-
tung des preussischen Volkes noch verschärft, sich hinstellt und
feierlich beteuert, er vertrete keine Parteiregierung? Kann
man diesem Mann, der besser als jeder andere weiß, daß der
ganze preussische Staat durch die Befolgung aller Beamtenstellen
mit ausgesprochen konservativen Parteilenten nicht ist als die
politische Organisation der Junker gegen das preussische Volk,
auch nur den guten Glauben für seine Behauptungen zubilligen?
Ist es etwas anderes als Zynismus, wenn der preussische
Ministerpräsident sich auf den Ausbau der Selbstverwaltung
beruft, auf die Tendenz, einen immer größeren Kreis von Auf-
gaben den Kommunalverbänden zuzuwenden, da er doch wissen
muß, daß diese Selbstverwaltung in Wirklichkeit nichts anderes
bedeutet als die Diktatur des Landrats?
Und ist es nicht tollender der Gipfel des Zynismus, wenn
der Mann in dem Moment, wo er eine Vorlage verteidigt, die
die Schmach des Reichstaubes an dem preussischen Volk
verewigen will, von der minutiösen Weise zu sprechen
wagt, in der sich Preußen zum Reichstaat auszubilden ver-
sucht?

„Ueberzeugungsfragen.“

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir:
Herr v. Bethmann-Hollweg hat gesagt, ob man die geheime
oder die öffentliche Wahl vorziehe, sei „Ueberzeugungsfrage“.
Nicht minder sei es „Ueberzeugungsfrage“, ob man ein gleiches
Wahlrecht wünsche oder ein ungleiches. So genau man seine
Rede auch studiert, man findet in ihr nur zwei „Argumente“
gegen die geheime Wahl: „Ueberzeugungsfrage!“ und die tiefe
Sentenz, daß „unser ganzes Leben sich aus Abhängigkeiten zu-
sammenlegt“. Herr v. Bethmann-Hollwegs „Ueberzeugungs-
frage“ erinnert an Helmerdings einst so populären Knappe-
reklam: „Gewalttätigen!“ — nur mit dem Unterschiede, daß
Helmerding erheblich amüsanter und erfolgreicher war. Alles
in diesem Leben ist im Grunde „Ueberzeugungsfrage“ und Ver-
nunft, Recht und jeder Fortschrittswunsch sind bequemer mit diesem
schönen Worte abzutun.

Wenn der Kaiser durchs Astloch in die Badewanne blickt und
sich im Interesse der Moral von der Beschaffenheit der In-
fassinnen zu überzeugen sucht — Ueberzeugungsfrage!

Wenn ein Unteroffizier zur Wahrung der Disziplin einen
Rekruten mißhandelt — Ueberzeugungsfrage!

Wenn der preussische Junker die Steuerzahler unter seiner
Würde findet — Ueberzeugungsfrage!

Wenn die amerikanische Milliardärstochter sich von ihrem
Rauscher entführen läßt — Ueberzeugungsfrage!

Wenn die Polizei die friedlichen Damen verprügelt, die
rudig aus einer Versammlung kommen — Ueberzeugungsfrage!

Wenn ein Fürst und ehemaliger Vorkämpfer mit Fischers-
knechten befreundet ist — Ueberzeugungsfrage!

Wenn die ganze Welt mit Ironie auf das reaktionäre
Preußen blickt — Ueberzeugungsfrage!

So ist es gewiß auch „Ueberzeugungsfrage“, wenn ein öst-
elischer Konservativer zu Wahltagen seine Bauern antreten läßt
und ihre öffentlich abgegebenen Stimmzettel kontrolliert. Und
es läßt sich in der Tat nicht dagegen sagen, wenn Herr v. Beth-
mann-Hollweg in der Aufrechterhaltung dieses Systems eine
„Ueberzeugungsfrage“ sieht.

Ein

Der gar-
teien, die a-
wird gar-
heime Stim-
in ihrer U-
Königliche
Stimmrecht
noch viel m-
diese ganz
nicht früh u-

Wir hal-
matische Be-
des Wahlst-
Ressens des
Forderung s-
hinweggela-
Zentr u
recht keine
führung, den
abgabe das

„German-
daß der Abg.
„Reform“ n-
sei. Die „C-
Hoben der g-
für folgende
am 15. Janu-

„Das
greifende, a-
allen Umst-
im Zentru-
nur für die
munalwähl-

Die „Ge-
Einführung d-
sehung für j-
beim freisin-
men wir frei-
der peinlich-
Rocksmaße
sich in wie
der Wahlmän-
und zweiten
drückt werden
auf diese Wei-
er glaubt jeh-
ihm peinigend
den und wir-
gefährlich.

Sollen wi-
Die geheime
vor Allem au-
bleibt die
zent reichen
unabhängig
hoffnungslos
los geblieben
dritten Klasse
Prozent des
lampigen Nie-
halten immer,
heit in jedem

Darum le-
die schlenke
Zentrums mu-
Die Regierung
abgabe vorgel-
daß sie sich d-
entziehen“ lie-
stehen sollte.
getöse vorgema-
gekommen, hat-

gab es am S-
des preussische-
tages. Der M-
Gefes, das Kur-
kommen, die ih-
Beim Kapitel
die Januifraue-
bild darauf die
in einigen Glem-
wortete in dem
die Parlament-
vliegt. Wenn
legenheit aus d-
lich. Genosse
Einem Nachfol-
Momenten des
ausschließliche
herrn als seg-
minister kam
on kurzweilige
Doch lassen
solan.

Genosse E-
schnittene Pra-
den Soz.) In
camento des
minister, die
andere als die
Person des Mo-
Kriegsminister
zum Segen des
Fahnenweib nur
nicht deutlicher
daß er die Diszi-
plin (links
ein solcher Fall
der Sammlung
Bittenselb. Be-
ironisierung des
hische Major v-
ruhe rechts. G-

Reichspräsi-
des Reiches bei
lautes Lachen lin-
Rebebour (So-
Bethmann-Holl-
werden. (Gr. Se-
gen erhebt er i-
Reichspräsi-
Reichskanzler n-

Rebebour:
Reichskanzler
weil er auf die
Parlamentarö-
links.) Wenn
eingereicht hat,
im Auge gehabt

Rebebour:
Reichskanzler
weil er auf die
Parlamentarö-
links.) Wenn
eingereicht hat,
im Auge gehabt

Rebebour:
Reichskanzler
weil er auf die
Parlamentarö-
links.) Wenn
eingereicht hat,
im Auge gehabt

Ein Schwindeltrick des Zentrums.

Der ganze „Wahlrechtskampf“ derjenigen bürgerlichen Parteien, die angeblich für die preussische Wahlreform eintreten, wird ganz bewusst immer mehr nach dem Schwindeltrick: geheime Stimmabgabe“ hingetrieben. Eben erst wieder erklärt in ihrer Besprechung der Schandvorlage die ultramontane „Katholische Volkszeitung“, daß das Zentrum an dem geheimen Stimmrecht unbedingt festhalte, sagt aber kein Wort von dem noch viel wichtigeren gleichem Stimmrecht! Dieses Mandat, diese ganz planmäßig betriebene Täuschung des Volkes kann nicht früh und nicht oft genug entlarvt werden.

Wir haben schon wiederholt dargelegt, daß man durch systematische Beleuchtung der rein äußerlichen und formellen Art des Wahlrechts, der öffentlichen Abgabe der Stimme, die Massen des drittgrößten entrechteten Volkes über die wichtigste Forderung jeden Wahlrechts, die Gleichheit der Stimmen, hinwegtäuschen will. Wir haben Beläge gebracht, daß das Zentrum mit ungeheurer Kraft erklärt: ohne geheimes Wahlrecht keine Wahlreform! Darin verrät sich die bewusste Verführung, denn es soll so scheinen, als sei die geheime Stimmabgabe das einzig wichtige und Wesentliche.

„Germania“ und „Katholische Volkszeitung“ sind entrüstet, daß der Abg. v. Zedlitz dem Zentrum „unterstelle“, es wolle die Reform nur so machen, daß sie auch den Junkern angenehm sei. Die „Germania“ behauptet, das Zentrum stehe auf dem Boden der geheimen Stimmabgabe und drückt zum Beweis dafür folgende Stellen aus einer Rede ab, die der Abg. Gerold am 15. Januar 1910 im preussischen Klassenhaus gehalten hat:

„Das aber kann ich sagen: wir verlangen eine durchgreifende, einschneidende Änderung des Wahlrechts, die unter allen Umständen auch das geheime Wahlrecht sichert. (Bravo! im Zentrum.) Und wir wollen das geheime Wahlrecht nicht nur für die Landtagswahlen, wir wollen es auch für die Kommunalwahlen eingeführt haben. (Bravo! im Zentrum.)“

Die „Germania“ kündigt dann an, das Zentrum werde die Einführung der geheimen Wahl zu einer unerlässlichen Voraussetzung für jede Wahlreform machen. Das heißt also genau wie beim Freisinn: gebt ihr nur die geheime Stimmabgabe, so stimmen wir freudig zu, sind völlig befriedigt und die ganze Sache der preussischen Wahlreform ist auf Jahrzehnte erledigt. Die Volksmassen können ja dann in der dritten Klasse wählen und stimmen wie sie wollen, sie bekommen ja immer nur ein Drittel der Wahlmänner, die von den zwei Dritteln der Besitzenden ersten und zweiten Klasse nach wie vor hoffnungslos an die Wand gedrückt werden. Dem gewaltig aufschaukelnden Walfisch hat man auf diese Weise eine hübsche Tonne zum Spielen vorgeworfen: er glaubt jetzt, seine Kraft erproben sich an der Vernichtung des ihn peinigenden Schiffes, derweil hebt er nur ein hohles Tönnchen und wird für die schwelgenden Schiffsinassen wieder ungeschädlich.

Sollen wir dies Spiel nicht mit allen Mitteln durchkreuzen? Die geheime Stimmabgabe ist sehr wichtig, aber wir wollen vor allem auch die Gleichheit der Stimmen!

Bleibt die Klasseneinteilung bestehen, die den siebzehn Prozent reichen Wählern zwei Drittel der Wahlmänner, den dreiundachtzig Prozent der schaffenden Massen des Volkes nur ein hoffnungsloses Drittel einräumt, dann sind wir genau so machtlos geblieben wie bisher. Selbst wenn sämtliche Wähler in der dritten Klasse sozialdemokratisch stimmten, also dreiundachtzig Prozent des ganzen Volkes sozialdemokraten wären — die lumpigen siebzehn Prozent der erst- und zweitklassigen Geldsäcke hätten immer, solange sie zusammenhalten, die Zweidrittelmehrheit in jedem Wahlkreise.

Darum keine geheime Stimmabgabe als Augenblende für die fehlende Gleichheit! Das Spiel des Freisinns und des Zentrums muß durchschaut und den Massen enthüllt werden! Die Regierung hat freilich nicht einmal die geheime Stimmabgabe vorgeschlagen, aber es wäre vielleicht nicht ausgeschlossen, daß sie sich die geheime Wahl als Schachermob, „nachgeben“ entziehen“ ließe, falls das Dreiklassenhaus ernsthaft darauf bestehen sollte. Dann hätte man dem Volke ein lebhaftes Kampfschloß vorgebracht, allerseits etwas nachgegeben, wäre entgegengekommen, hätte Kompromisse geschlossen — das Volk hätte

keine Wahlreform. Es wäre durch geheime Stimmabgabe um die Gleichheit gebracht!

Noch einmal, Volksmassen: laßt euch nicht blenden durch das Geschei um geheime Stimmabgabe! Es ist ein Schwindeltrick! Wir wollen außer dem geheimen vor allem das gleiche Wahlrecht haben!

Pfarrer Raumann

schreibt in der „Hilfe“ zu der Schandvorlage u. a. das Folgende:

Alle Preußen sind vor dem Gesehe gleich! Wie brennt jetzt dieses Wort im Bewußtsein aller derer, die für die neueste preussische Schmach und Heuchelei Verständnis besitzen! Alle Preußen sind vor dem Gesehe gleich! Das ist das Wort, über das sich Herr v. Bethmann-Hollweg und Herr v. Rheinbaben zusammen amüsieren, wenn sie das Staatswohl beraten. Alle Preußen! Ja, wer sind denn die echten Preußen? Das sind die Rittergutsbesitzer und die patriotischen Beamten und die Männer mit dem Zivilversorgungschein. Alle andern sind verächtlich und sollten eigentlich nur als halbe Bürger behandelt werden. Als Halbe? Nein, als Schenkel von einem Bürger! Immer zehn machen einen richtigen Preußen! Auf diese Weise werden „alle Preußen vor dem Wahlgesehe gleich gemacht“.

Kurz, sie haben zusammengeflüster und miteinander beraten, wie man die Versprechungen des Fürsten Bülow und die Worte der Thronrede aus der Welt schaffen könnte, ohne irgend etwas Wesentliches aufzugeben. Was einer nicht wußte, das wußte der andere. Es war, wie wenn ein Wettseiler im Ausbaldorn von schönen Knissen erwacht sei. Jemand etwas freilich mußte man opfern, damit man das Ding „Reform“ nennen kann, freilich aber darf dies nichts Wertvolles sein. Als ein von Modernität angefränkter Geheimrat daran dachte, langsam und zunächst nur für die Städte das geheime Stimmrecht einzuführen, da wurde er behandelt wie ein guter dummes Jacob, der von gar nichts nichts weiß. So etwas kann man nicht machen, denn der preussische Staat ist für das öffentliche Verfahren! Zwar beim Bundesrat ist er für das heimliche Verfahren, alle Regierungshandlungen vollziehen sich heimlich; da heißt es stets „das Ministerium“ hat beschlossen, da deckt sich der einzelne hinter das Amtseigennütze, aber der kleine Bürger, der nur alle fünf Jahre einmal eine Viertelstunde lang mitregieren darf, der soll das öffentlich besorgen. Dieser kleine Bürger soll tapferer sein als alle Minister. Das ist so schön, die Tugenden, die man oben nicht mehr zu haben braucht, von denen da unten zu fordern: gebt eure Stimme laut und vernünftig zu Protokoll, damit man auch nach eurer Stimme befandeln kann! Tretet heran, ihr alten Reihewerter und ihr braven Kriegervereiner, ihr Mitglieder des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, ihr konterrevolutionäre Bezirksvereiner, ihr Gutsinspektoren, ihr Postbeamten, ihr Arbeiter an den Militärwerkstätten, ihr königlichen Wagenschieber und ihr getreuen Kanzleibeamten der Landratsämter, tretet heran, wie es freien Männern ziemt, und helft den Staat in Offenheit regieren! Wer keine patriotische Seele hat, der mag nur rubia fernbleiben! Der Beamte aber muß kommen: Er macht sich verdächtig, wenn er nicht wählt!

Die Öffentlichkeit des Verfahrens wird also von den vereinigten Staatsministern nicht preisgegeben, aber da man irgend etwas hingeben muß, so wirft man das indirekte Wahlverfahren zum Fenster hinaus. Das hat wirklich keinen Zweck mehr und ist nebenbei der einzige Bestandteil des heutigen Wahlgesehes, der aus dem ursprünglichen liberalen Wahlverfahren von 1818 stammt. Damals dachte man noch nicht an Landratskandidaturen und hielt deshalb die Aufstellung von Wahlmännern für ein geeignetes Mittel, dem Wähler einen zweiten Gang zu ersparen. An den Wahlmännern hat heute kein Mensch mehr ein besonderes Interesse. Sie also werden ausgeschaltet. Nur sich allein würde das weder gut noch schlecht sein, eine technische Erleichterung ohne weitgehende Folgen. Aber so gute Geschäftsleute wie Herr v. Bethmann und Herr v. Rheinbaben werden doch selbst den ältesten Leuten nicht verkaufen, ohne sich etwas dafür einzubehalten. Weil sie ein Opfer gebracht haben, so müssen sie auch etwas Schönes herauskriegen.

Aber was? Hier begann die Schwierigkeit, denn das preussische Wahlrecht ist schon so raffiniert zurechtgemacht, daß es

fast gar nicht mehr verschlechtert werden kann. Es gleicht, wie Dr. Theodor Barth zu sagen pflegte, einem jener Silber, die in ländlichen Gastwirtschaften angeboten werden, auf denen zur Belehrung der Landleute ein Pferd dargelegt ist, das alle nur denkbaren Pferdefrankeheiten hat. Das preussische Wahlrecht hat alle Wahlrechtsfrankheiten. So dachte Dr. Barth, aber Herr v. Bethmann-Hollweg findet, daß man das Tier noch etwas weiter schäuteln kann, ohne daß es stirbt. Er erfindet einen neuen Zustand, für den es bisher keinen medizinischen Namen gibt, eine bisher in der Welt noch nicht beobachtete Zwischenform von Klassenwahlrecht und Pluralwahlrecht. Diese neue Pferdefrankeheit, die er als Kanak, dem deutschen Volke abgibt. Und bleibt nichts übrig als mit allen Mitteln und auf jede Weise immer und immer wieder zu fordern: Das Reichstagswahlrecht für Preußen! Mit Born und in gerechter Leidenschaft müssen wir dieser reaktionären Regierung das Wort der Verfassung entgegenrufen: Alle Preußen sind vor dem Gesehe gleich!

Demonstrationen.

Aus Magdeburg wird berichtet: Am Donnerstag fand eine von der bürgerlichen demokratischen Vereinigung einberufene überfüllte Versammlung statt, in der Dr. Freischütz-Berlin über das Wahlrechtsverhältnis sprach. Die Versammlung wurde (ebenso wie die Essener bürgerlich-demokratische Versammlung) mit dem Gesang der Preussischen Wahlrechtsmarseillaise geschlossen. Hierauf zogen die Teilnehmer vor das Rathaus und durch die Hauptstraßen der Stadt, dabei begeisternde Huldigungen auf ein freies, allgemeines Wahlrecht ausbringend. An der Demonstration beteiligten sich 3-4000 Personen. Die zahlreich aufgetretenen „Ordnungshüter“ nahmen einige Verhaftungen vor.

In Berlin haben die bürgerlichen Demokraten beschlossen, sich in Massen an den Straßendemonstrationen zu beteiligen.

Begründung.

Die treue deutsche Sitte will das öffentliche Wählen, drum soll auch in der neuen Bill nicht dies Verfahren fehlen.

Doch lügt, wer da behauptet, daß es sei nur beim Wählen, in aller Offenheit der Zweck, die Wahl zu kontrollieren.

War unsre Absicht so etwas, da bräuchten wir nicht eigens derlei; es geht auch ohne das — die Reichstagswahlen zeigen's.

Es üben bei geheimer Wahl der preussischen Regierung getreue Junker tausendmal genaue Kontrollierung.

Der Wähler wird herangeschleift an die Zigarettenliste, wo man die Zettel sorgsam häuft im Einklang mit der Liste.

Gesteht, bedarf man da wohl groß ein öffentliches Verfahren? Nein, wie gesagt, wir wollen bloß die deutsche Sitte wahren

(und sorgen, daß auch in der Stadt — wo solche Risten fehlen — ein jeder, der ein Wähler hat, weiß, wen er hat zu wählen).

Franz.

Eine Mahnung für die preussischen Machthaber!

Eine dramatisch bewegte Szene

gab es am Schluß der Freitag-Sitzung des momentan wegen des preussischen Wahlrechtskampfes weniger beachteten Reichstages. Der Militarismus hat in der Person seines neuesten Chefs, des Kurheßen v. Heeringen, eine derbe Tracht Prügeln bekommen, die ihm wohl noch lange in den Gliedern liegen wird. Beim Kapitel „Militärbildungswesen“ kam Genosse Emmel auf die Jannuscherliche Propagation zurück und forderte im Hinblick darauf die Unterweisung der Offiziere und Mannschaften in einigen Elementen der Bürgerkunde. Der v. Heeringen antwortete in dem Würstchens-Tone, der von Bronzart bis Einem die Parlamentsreden preussischer Kriegsminister auszeichnet. Wenn Herr v. Heeringen sich einbildete, damit die Angelegenheit aus der Welt geschafft zu haben, so irrte er sich gründlich. Genosse Ledebour bestieg die Tribüne und richtete an Einem Nachfolger die dringende Frage, was er mit den schweren Momenten des Vaterlandes gemeint habe, in welchen sich die ausschließliche Beerdigung des Militärs auf den höchsten Kriegsherrn als legerreich erwiesen habe. Der preussische Kriegsminister kam mit der verblüffenden Antwort heraus, er habe an kurheßische Vorgänge gedacht.

Doch lassen wir hier die Szene aus dem Verhandlungsbericht folgen. Genosse Ledebour führte aus: Die von Emmel angeschnittene Frage ist im höchsten Grade aktuell. (Leb. Zust. bei den Soz.) In der Debatte, die sich an das bekannte Pronunciamento des Herrn v. Odenburg angeschlossen, erklärte der Kriegsminister, die Stellung der Offiziere zum Kriegsherrn sei eine andere als die der Beamten, der Fahnenwidrigkeit werde nur auf die Person des Monarchen geleitet. (Sehr richtig! rechts.) Der Kriegsminister sprach weiter davon, daß es in schweren Zeiten zum Segen des Vaterlandes gewesen sei, daß die Offiziere den Fahnenwidrigkeit nur dem Kriegsherrn zu leisten haben. Wenn er sich nicht deutlicher ausdrückt, bleibt der Verdacht auf ihm ruhen, daß er die Offiziere zum Verfassungsverbruch habe anzuregen wollen. (Unruhe rechts.) Aus der preussischen Geschichte ist mir nur ein solcher Fall bekannt, die Sprengung der preussischen Nationalversammlung im November 1848 durch den Major Werwarth von Bittenfeld. Bekanntlich folgte auf jenen Staatsstreich die Dekretierung des Dreiklassenwahlrechts, das gegenwärtig der preussische Major v. Bethmann-Hollweg zu reformieren vorgibt. (Unruhe rechts, Glor. des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Es ist üblich, die Würdenträger des Reiches bei ihrem zivilen Titel zu nennen. (Zust. rechts, lautes Lachen links.)

Rebebour (Soz.): Ich meine, der Herr Reichskanzler von Bethmann-Hollweg legt Wert darauf, als Major geführt zu werden. (Gr. Heiterkeit links.) Denn bei Parlamentseröffnungen erscheint er in Majorsuniform. (Sehr gut! links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich nahm an, daß Sie den Reichskanzler nur in Scherz als Major bezeichnet haben.

Rebebour: Sehr richtig, Herr Präsident! Doch hat der Reichskanzler selbst zu solchem Scherz Veranlassung gegeben, weil er auf die Würde seines Amtes so wenig acht, daß er bei Parlamentseröffnungen die Majorsuniform anlegt. (Sehr gut! links.) Wenn damals der Kriegsminister nicht ins Blaue hineingeredet hat, so kann er nur die Vorgänge vom November 1848 im Auge gehabt haben. Dann aber läuft seine Rede auf das-

selbe hinaus wie das Pronunciamento des Herrn v. Odenburg. (Rufe rechts: Zur Sache!) Das gehört zum Militärbildungswesen und solche Dinge wären unmöglich, wenn die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten über die Grenze militärischer Disziplin besser aufgeklärt wären. (Sehr gut! links.) Wir werden übrigens auf den wichtigen Gegenstand noch zurückkommen.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich habe nur Tatsachen ohne Schlüsselerörterungen angeführt. Ich hatte kein Beispiel aus Preußen im Auge, sondern eins aus meiner eigenen kurheßischen Heimat. (Sturm. Heiterkeit links und zur Seite: Welches denn?) Das mag Herr Ledebour in den kurheßischen Verfassungskämpfen nachlesen.

Rebebour (Soz.): Ich frage Sie auf Ehre und Gewissen, wer von Ihnen hat bei den Worten des Kriegsministers, daß die Stellung der Offiziere durch den Eid dem Kriegsherrn gegenüber eine andere ist, als die der Beamten, und daß die dadurch gebundene Lage Situation in vielen Fällen zum Segen des Vaterlandes gewesen ist, auch nur gedacht, daß er auf das ehemalige Kurheßen anspielte. (Sturm. Heiterkeit.) Das hat keiner von Ihnen geglaubt. Das der Kriegsminister daran gedacht hat, muß ich ja jetzt glauben, wenn es mir auch schwer fällt. Um aber erweisen zu können, wie weit dies Beispiel auf die gegenwärtigen Verhältnisse paßt, muß ich ihn doch bitten, das Beispiel zu nennen und mich nicht einfach auf die kurheßische Geschichte zu berufen. Wenn Sie ein für das Verhältnis der deutschen Offiziere zum Kaiser und König schlagendes Beispiel anführen können, dann heraus mit der Sprache! (Leb. Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Soviel weiß ich übrigens auch aus der kurheßischen Geschichte, daß unter allen deutschen Staaten kein so elendes niederkriechendes monarchisches Regiment gewesen ist wie in Kurheßen. (Lärm rechts.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ein solcher Ausdruck ist auch auf ein verstorbenes Herrschergebleich: unzulässig. (Gr. Heiterkeit links.)

Rebebour (fortfahrend): Die kurheßische Geschichte ist ein Schandbild für Deutschland. Die kurheßische Regierung hat das Volk unter Verfassungsverbruch ausbeutet (Zuruf: Sie waren Knechtenslauer!) und der Kriegsminister hat dem Ministerpräsidenten und Reichskanzler sowie dem deutschen Kaiser einen schlechten Dienst erwiesen, als er sich zur Rechtfertigung ihrer Stellung auf die kurheßische Geschichte berief. (Sehr gut! links.) Ich wünsche, daß die Parallele noch weiter geht, und daß die Gewalthaber in Preußen, die sich bekommen lassen, das Volk so zu behandeln, wie es die Gewalthaber in Kurheßen taten, das selbe Schicksal erleiden wie diese. (Sturm. Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Die Debatte ist geschlossen. Rebebour (Soz.): Und das kurheßische Beispiel? (Der Kriegsminister schweigt.) Also auch der Kuck! (Sehr gut! links.)

Der preussische Kriegsminister und die kurheßische Verfassung.

Berlin, 12. Februar.

Die Reichstags-Sitzung vom Sonnabend begann recht temperamentslos, um mit einem erneuten scharfen Zusammenstoß zu enden. In einer Dauer Sitzung wurde der Rest des Militär-

beil und Böhle, fanden Gelegenheit, in zahlreichen Beispielen den Militarismus in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber und Grundstückspekulant zu beleuchten. In abwechselnder Weise versuchte der nationalliberale Gymnasialprofessor Götze aus Brandenburg, ein wütender Reichsverbänder, angebliche Nichtstände in der „Vorwärts“-Druckerei und in den Haaren in die Debatte zu ziehen, wurde aber von den Genossen Fischer und Stadthagen so gründlich abgeführt, daß er nur eine kleinlauten Ausflucht zustande brachte. Selbst der freisinnige Rommer, wahrhaftig nicht der sozialistische Fraktion, fennzeichnete richtig das Verfahren des Nationalliberalen, der sich zum Verteidiger des Militarismus aufwarf, von dem doch jeder der konterrevolutionäre Tischlermeister Pauli-Botsdam sehr böse Dinge zu erzählen wußte. Die in mancher Beziehung zureichenden Ausführungen des Herrn Pauli schienen übrigens am allerwenigsten seine eigenen Parteigenossen zu interessieren, die sich gerade die Redezeit ihres Fraktionsbruders zur Frühstückspause auserkoren und nur eine zeitweise, nur aus dem Eblen Gans zu Rütteln bestehende Schilbache im Saale zurückließ.

Als endlich der Militärkaiser zu Ende beraten war und den freisinnigen Gelegenheit gegeben hatte, zum Zweck des Durchdrückens einer von der Kommission getragenen Regierungsforderung vorübergehend den Kaiserhof ins Leben zurückzuführen, erhob sich der Kriegsminister, um zu erklären, wie er seine Extratour auf das Gebiet der ehemaligen kurheßischen Geschichte gemeint wissen wollte. Wenn der Kriegsminister unsere Fraktion zu überumpeln beabsichtigt hatte, so hat er sich getäuscht. Er fand den Genossen Ledebour gerüstet. An der Hand eines nationalliberalen Geschichtswerts zeigte Ledebour, wie gerade in Kurheßen in anerkannter Weise das Offizierskorps sich geweiht hatte, sich zum Diener des Verfassungsbruches herzugeben. Der Nachfahre des Menschenverkäufers und sein nichtswürdiger Minister Hasenpflug mußten erst fremde Schergen ins Land rufen, um den verfassungstreuen Widerstand des Volkes und der Volksvertretung zu brechen. Es ist begreiflich, daß ein preussischer Kriegsminister von 1910, obwohl er jetzt aus Kurheßen stammt und obwohl selbst das reaktionäre preussische Kabinett von 1850 ausnahmsweise einmal auf Seiten des Rechts stand, vor der Vereidigung der Truppen auf die Verfassung zurücktaubert. Ein verfassungstreuem Heer würde ein Bollwerk sein gegen den Odenburggeist. Der Odenburggeist aber ist der ureigste Geist des preussischen Militarismus, wie verschieden auch immer die Nuancen seiner Verkörperung sind.

Solange Preußen das Preußen der Junker und der Dreiklassenmacht ist, wird jeder preussische Kriegsminister in dem Verfassungsverbruch des Heeres den Untergang eben dieses Preußens sehen. Und nicht mit Unrecht. Nur der Rababergerhorst führt ein Staatswesen wie dieses. Darum auch der wilde Witzel der Junker bei den Worten des Kriegsministers, daher diese an Menagerien und Tollhaus gemahnenden Totschätzungen der Kretins bei Ledebours Ausführungen. Und der rechte Flügel der Bourgeoisie, die Nationalliberalen, beteiligten sich nicht am Toben, so doch am Zübel. Wir sind im Preußen von 1910 noch nicht so weit, wie im Preußen von 1850, wo bis auf ein paar Minister und Klopffaffen alle Klassen für das Volkrecht einstanden.

Am Montag kommen Rati- und evtl. Stellendermittelungsgeheb heran.

Aus dem Wahlkreise Dortmund-Hörde.

Dortmund, 14. Februar.

* Die Firma Wehring in Eving wendet in der letzten Zeit eigentümliche Maßregeln an, um trankeiernde Arbeiter dem Betriebe fernzuhalten. Ein Arbeiter, der 10 Wochen lang im Krankenhaus gelegen hatte, wurde zwei Tage nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus gekündigt mit der Motivierung: Rente die krank feierten, könne man nicht gebrauchen. Er (Wehring) wolle sich von der Krankenkasse keine Vorwürfe machen lassen, daß die Rente wochenlang spazieren gingen. Bei seiner Entlassung erhielt dieser Arbeiter das Zeugnis, daß er ein fleißiger Arbeiter gewesen sei. Ein anderer Arbeiter, der seit dem 31. Dezember 1909 krank feiert, ging am 28. Januar zu der Firma, um sich seine Invalidenrente zu holen, denn er wollte einen Antrag auf Ueberweisung in eine Heilanstalt stellen, weil er lungenleidend ist. Der Kassierer sagte darauf, wenn er noch länger krank feiere, dann müsse seine Stelle besetzt werden, und der Meister Baum fügte hinzu, wenn er wieder anfangen wolle, dann könne er auf den Platz gehen für 38 Pfg. die Stunde, denn die Maschinen wären besetzt; die Maschinen waren aber nicht besetzt. Der Meister Baum scheint überhaupt das Bestreben zu haben, sich bei der Firma angenehm zu machen. Vor etlichen Wochen hat er sich sogar erlaubt, einen Vorarbeiter zu verhaften und hinauszuwerfen. Er wird aber auch noch die Erfahrung machen müssen, daß er sich auch mal die Fabrik von draußen ansehen kann; denn es wechseln nicht allein die Arbeiter sehr viel bei genannter Firma, sondern auch die Meister. Die Firma besteht jetzt drei Jahre und in diesen drei Jahren hat sie den fünften Meister. Die Arbeiter lernen aber hoffentlich aus diesen Vorkommnissen und schließen sich dem Deutschen Metallarbeiterverbande an, damit verhängnisvolle Verhältnisse beseitigt werden, denn nur allein die Unorganisierten sind Schuld an betriebl. Verhältnissen.

* Ein Steuerfiskus der Dortmunder Brauerei-Altiengeseilschaft „Union“. Die Brauerei-Altiengeseilschaft „Union“ zu Dortmund besitzt in Köln ein Restaurationsgrundstück, das verpachtet ist. Auf Antrag der Geseilschaft nahm der Bezirksausschuß eine Verteilung des gemeindebesteuerpflichtigen Einkommens der Geseilschaft vor. Dabei rechnete er als Einkommen aus dem Kölner Grundstück der Geseilschaft nur den Pachtzins, den die Geseilschaft von dem Pächter erhält. Damit war der Antrag auf mündliche Verhandlung beantragt, daß mehr als Einkommen aus dem Kölner Grundbesitz angerechnet werde, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Geseilschaft auch Gewinnziehe aus dem Bier, das ihr Pächter in der Restauration absehe, die in dem Hause sei. Er führte dazu aus: Die Geseilschaft betreibt in Köln ein Gewerbe, indem der Pächter ihr Bier dort verkauft. Das Einkommen aus ihrem Kölner Grundbesitz ist nicht zutreffend berechnet, wenn nur der Pachtzins berechnet werde. Der Pächter schänke vorwiegend ihr helles Bier aus. Das müsse berücksichtigt werden, wenn der Mann auch nicht ver-

pflichtet sei, kein anderes Bier auszuschenken. Sie erziele aus dem Grundstück also auch infolgedessen einen Gewinn, als ihr Bier dort ausgeschenkt werde. Der Gewinn aus dem an den Pächter gelieferten Bier sei als Teil des Einkommens der Geseilschaft aus dem Grundbesitz in Köln anzusehen. Der Bezirksausschuß wies aber den Lageantrag des Oberbürgermeisters ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dies Urteil mit folgender Begründung: Allerdings sei richtig, daß der Pächter das helle Bier aus der Brauerei nehmen müsse. Der Bezirksausschuß habe sich aber seines Rechtsirrtums schuldig gemacht, wenn er nicht berücksichtigt, daß der Pächter das helle Bier aus der Brauerei nehmen mußte. Was die Brauerei durch den Ausschank dieses Bieres in Köln verdiene, das stelle nicht einen Geldwert dar, der als Äquivalent für Ueberlassung des Grundstückes an den Pächter anzusehen sei. Durch den Pachtvertrag sei ein festes Verhältnis zwischen der Brauerei und dem Pächter geschaffen. Das Verhältnismäßigkeitsverhältnis stelle aber nicht eine Leistung des Pächters dar, die in Geld abgeschätzt werden könne. Darum könne der Gewinn der Geseilschaft aus ihrem in Köln zum Ausschank gelangenden Bier bei der Verteilung des gemeindebesteuerpflichtigen Einkommens nicht berücksichtigt werden.

Lünen. Die Garpener Bergbaugesellschaft beabsichtigt, gemeinschaftlich mit der Gewerkschaft „Victoria“ bei Lünen einen Kohlenhafen anzulegen, und zwar an dem Zweigkanal Datteln-Hamm für die Becken „Breußen“ und „Victoria“. Das erforderliche Hafengelände wird von der Kanalverwaltung miterworben und an die Hafeninteressenten abgetreten.

Lünen. Mit dem Beginn zum Bau des neuen Amtsgerichts scheint es dem sicheren Vernehmen nach jetzt ernst zu werden. Seit einigen Tagen weilen hier drei Vertreter der Staatsbehörde uvm., um das Baugelände in Augenschein zu nehmen. Der Bau soll am 1. April d. J. in Angriff genommen werden, und soll zwei Jahre bis zu seiner Vollendung dauern. Das Baugelände soll im Parkstraßenviertel an der Postgüterstraße liegen.

Aus dem Wahlkreise Hamm-Soest.

14. Februar.

Soest. Die Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 16. Februar, abends 9 Uhr bei Hagen statt. Reichhaltige Tagesordnung, u. a. Vortrag des Genossen Schmitz über: „Die Wahlrechtsvorlage“.

Provinz-Nachrichten.

Witten. Wegen fortgesetzter Affordreduktion wurde über die Gießerei des Stahlwerks Stodum die Sperre verhängt. Zug von Formern und Gießereiarbeitern ist streng fernzuhalten!

Deutscher Metallarbeiterverband. (Verwaltung Witten-Annen.)

Aus dem Saarlande. In Serlenrode bei Hinnentrop brannte das Haus des Posthalters und Gastwirts Schmidt bis auf den Grund nieder. Das Inventar wurde gerettet und ist der Schaden durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsurache ist unbekannt. — Ein Wildbich erhielt vom Unnaer Schöffengericht 6 Monate Gefängnis sublimitiert. Es ist der Schmieß R. aus Fröndenberg, der im Dausenbager Revier auf frischer Tat ertappt wurde.

Attendorf. Auf welche Art und Weise die Stellvertreter Gottes in Attendorf ihres Amtes walten, zeigt folgendes Gespräch zwischen einem ledigen Mann, der zur Beichte ging, und einem hiesigen Franziskanerpater. Auf die Frage des Paters, ob er dem lath. Gesellenvereine angehöre, antwortete ihm der Betreffende, daß er hierzu schon zu alt sei. Hierauf sagte der Pater, so solle er doch wenigstens dem lath. Arbeiterverein beitreten, worauf jener erwiderte, daß er sich selbigen überlegen wolle. In seinem Agitationseifer äußerte sich der Pater schließlich, daß es da doch nichts zu überlegen gäbe und er nur ruhig Mitglied des Vereins werden solle; denn wenn er einmal von hier fort wäre, läme er doch nicht mehr dazu. Ob einem Manne, der schon zu alt ist, um als Mitglied dem lath. Gesellenverein angehören zu können, eine derartige Bevormundung aber tut, wollen wir dahin gestellt sein lassen, wahrscheinlich ist aber der Beichtstuhl nicht der richtige Ort, eine solche Agitation für die betreffenden katholischen Vereine zu betreiben, oder ist es notwendig, wenn man der Alleinseligmachenden angehören will, daß man auch gleichzeitig noch Mitglied des einen oder anderen Vereins dieser Art sein muß? Dieser Vorkall beweist mal wieder zur Genüge, in wie engem Zusammenhange die Religion mit dem Verein für politische Unmündige steht, dessen Entstehung historisch lediglich dem Umstand zuzuschreiben ist, daß es bei gelegentlichen Wahlen an der nötigen Menge Stimmgeber fürs Zentrum mangelte.

Briefkasten der Redaktion.

R. A. Densen. Wenn Ihre minderjährige Tochter sich ohne Ihre Genehmigung vermiethet hatte, dann kann sie nicht bestraft werden, wenn sie den Dienst ohne Kündigung verläßt.

G. K. 2000. Wenn es zur Klage kommt, dürfen Sie kaum Recht bekommen. Halten Sie doch die Kündigungsfrist ein, dann gehen Sie allen Scherereien aus dem Wege.

Druckverwaltung der Gastwirtschaften. Wir bitten wegen der eingehenden Notiz in den Vormittagsstunden einmal bei uns vorzusprechen.

Für die Redaktion verantwortlich: G. Meyer; für den Inseratenteil: R. Umbreit; Druck und Verlag: A. Gerlich, sämtlich in Dortmund.

Althoff's „Weiße Woche“.

Wir machen unsere Leser auf das in der morgigen Nummer erscheinende Inserat „Die weiße Woche“ aufmerksam.

1⁹⁵

Alsbergs

Dortmund

95

Serientage

Brückstr. 26

2⁹⁵

In allen Abteilungen
grosse Auslagen!

Wir bringen für obige billige Serienpreise Waren zum Verkauf, die durch ihre Preiswürdigkeit und Solidität von sich reden machen werden.

Wir bitten um Besichtigung
unserer Schaufenster!

Kleiderstoffe Cheviots, Satin-Tuch, Blumenkanelle, 95
Popelins per Meter 1,95, 95

Seidenstoffe Taffets, Düchess, Blumenstreifen, 95
per Meter 1,95, 95

Reste und Abschnitte in Kleider- 95
stoffen, schwarz und farbig, sehr
geeignet für Konfirmanden-
kleider per Meter

Tischtücher Damast, in verschiedenen Größen, 95
1,95, 95

Feston-Unterröcke mit breitem Volant, reich 1,95
garniert 2,95, 1,95

Reste und Abschnitte in Hemd-, 95
Hosen-, Handtuchgebiel, in
Längen bis 4 Meter
jeder Abschnitt

3000 Stck. Damen- u. Kinder-Schürzen

Hauschürzen, Kimono, Kittel-, Reform-, Prinzess-,
Kinder-Schürzen in allen Längen

Serie I 2.95 Serie II 1.95 Serie III 95

Damen-Wäsche

Hemden, Hosen, Jacken

in den feinsten Ausführungen

Serie I 2.95 Serie II 1.95 Serie III 95

Kissenbezüge mit Feston-Durchsatz und ausgedehnt 95
Stück 1,95, 95

Wasch-Unterröcke mit Bändchen garniert und 95
Blüsch-Volant . . . Stück 1,95, 95

Bandarbeiten fertig gestickt u. vorgezeichnet, 95
Käuser, Affen, Dackeln,
Mittlung etc. . . . 2,95, 1,95, 95

Biber-Schlafdecken und Betttücher, schlafig 95
per Stück 1,95, 95

Taschentücher weiß Batist und mit Rand 95
3-10 Stück 1,95, 95

Normal-Wäsche Hemden 95
Hosen
Jacken 2,95, 1,95, 95

Heinrich Möller

Düppelstr. 35 Tischlerei Düppelstr. 35

empfehle sich zur Anfertigung von

Möbeln, Kontor- und Laden-Einrichtungen

nach eigenen und gegebenen Entwürfen.

Uebnahme ganzer Wohnungs-Einrichtungen.

3716 : : Garantie für saubere Arbeit. : :
Antante Bedienung stets zugesichert.

Arbeiter! Konsumenten!

Berücksichtigt beim Einkauf die Fabrikate der

Nordhäuser Autabakarbeiter-Genossenschaft.

Dieselben sind erklaffiges Fabrikat u. werden unter Kontrolle

der gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt.

Zu haben in allen Verkaufsstellen des Konsum- und Gewerkschafts-Dortmund-Hamm, sowie in allen unseren durch Plakate

gekennzeichneten Verkaufsstellen.

Achtung Schneider Dortmunds

Am Dienstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr,

im großen Saale des Gewerbe-Vereins, Aufstraße:

Grosse Schneider-Versammlung

aller in Betracht kommenden Organisationen.

Tages-Ordnung:

Die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern.

Werte Kollegen! In der Versammlung darf kein Schneider von Dortmund fehlen; die Kommission wird Bericht erstatten über die bis dahin gepflogenen Verhandlungen. Leider ist es nicht gelungen, ein befriedigendes Resultat zu erzielen, die Angebote der Arbeitgeber sind so, daß wir uns keineswegs damit zufrieden geben können. In der Versammlung soll beraten werden, welche Schritte wir zu unternehmen gedenken. Deshalb alle Mann an Bord.

Die vereinigte Lohnkommission.

Neu! Neu!

Aug. Bebel

am

Schreibtisch.

(Bildgröße 30x40 cm, Kartongröße 60x80 cm.)

Zum 70. Geburtstag a. 22. 2. 1910.

Preis ungerahmt M. 2.50.

Nachm. i. jed. Preisl. v. M. 6.— an

Bestellungen nehmen sämtl. Boten

der „Arbeiter-Zeitung“ von

Lünen u. Umgegend entgegen.

Anzüge u. Paletots

nach Maß liefert billigst unter Garantie.

Zeugung geknittert. 2000

Josef Lütke, Reindistr. 21.

Reparaturen und Aufbügeln.

Es wird

Aus der

So still

15. Februar h

über dem Ha

am Himmel

des Vorzeichen

ein siegelrotes

gebracht wor

mitteilt habe

Es wird das

Die Straße

Bei Wiberst

Ich warne

Berlin

Ropischütt

zu kommen.

kleine Gruppen

„Provokation“

treiben?“